

Posener Zeitung.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24½ Sgr. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- und Auslandes an. Inserate (1½ Sgr. für die viergespaltene Zeile oder deren Raum; Reklamen verhältnißmäßig höher) sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

Amtlisches.

Berlin, 21. Febr. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Dem Hofstaatssekretär Sr. K. H. des Prinzen von Preußen, Geheimen Hofrath v. d. Nothen Adler-Orden zweiter Klasse mit Eichenlaub, dem Hofkaplan Godel zu Neuenburg, den Nothen Adler-Orden dritter Klasse, dem Rabinetschef des kaiserlich französischen Präfecten zu Besancon, G. v. d. Nothen Adler-Orden vierter Klasse, so wie dem Kammerdiener Sr. K. H. des Prinzen von Preußen, Zirkel, dem Kassellan des Klosters Beatae Mariae Magdalene zu Magdeburg, Deutscher, dem emeritirten Kaiser, Organisten und Schullehrer Kuhn zu Zaake, im Kreise Ostpreignitz, und dem Ober-Präger Schulge bei der K. Hauptmünze zu Berlin das Allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen; ferner den Regierungsreferendarius, Rittergutsbesitzer Jgnaz von Landsberg auf Offenbeck zum Landrath des Kreises Bismarckhausen, im Regierungsbezirk Münster, zu ernennen; auch dem Staats- und Minister des K. Hauses, von Massow, die Erlaubniß zur Anlegung des von des Königs von Portugal Majestät ihm verliehenen Großkreuzes des Christus-Ordens, so wie dem Bergamtsdirektor a. D., Geheimen Bergrath Sello zu Saarbrück, zur Anlegung des von des Großherzogs von Oldenburg K. H. ihm verliehenen Ehren-Komthurkreuzes vom Haus- und Verdienst-Orden des Herzogs Peter Friedrich Ludwig zu ertheilen.

Abgereist: Se. Exz. der General der Infanterie und kommandirende General des 1. Armee-Korps, von Werder, nach Königsberg i. Pr.; der Oberpräsident der Provinz Pommern, Freiherr Senft von Pilsach, nach Stettin.

Telegraphische Depeschen der Posener Zeitung.

London, Sonnabend, 20. Februar. Der so eben erschienene „Globe“ deutet ziemlich unverblümt an, daß das Kabinet resigniren werde, der Opposition die weitere Verantwortlichkeit und Ausführung ihrer Resolution überlassend. Heute Nachmittag war ein Ministerkonseil. — Die „Times“ sagt, das einfachste für die Regierung sei, abzutreten, wofür nicht überwiegende Pflichten Lord Palmerston zum Bleiben bewegen. „Morning Herald“ betrachtet die Regierung als gestürzt. Ein Kabinetsthat ist für heute Nachmittag berufen. — In Folge der Abstimmung in der gestrigen Nachtsitzung des Unterhauses, bei welcher die Regierung in der Majorität blieb, eröffnete die Börse in stauer Stimmung. Bei Abgang der Depesche wurden Konsols zu 96½—96¾ gehandelt.

(Eingeg. 21. Febr., 9 Uhr Vormittags.)

Berlin, Montag, 22. Februar. Se. K. H. der Prinz von Preußen hat in der verfloffenen Nacht abwechselnd ruhig geschlafen; die Schmerzen haben sich verloren.

London, Montag, 22. Febr. Lord Derby ist zur Königin berufen und hat die Bildung eines neuen Ministeriums übernommen.

Aufgegeben in Berlin: 22. Februar 11 u. 20 M. Vormittags.
Ankunft in Posen: 22. Februar 11 u. 33 M. Vormittags.

Deutschland.

Preußen. (Berlin, 21. Febr. [Vom Hofe; Unfall des Prinzen von Preußen; Kreisgerichtsdirektorstelle in Pleschen.] 33. M. der König und die Königin, die Großherzogin Mutter von Mecklenburg-Schwerin, die Prinzessin Alexandrine u. wohnen heute Vormittag dem Gottesdienst in der Schlosskapelle zu Charlottenburg bei; die Predigt hielt der Generalsuperintendent Dr. Hoffmann und die liturgischen Gesänge führten Domsänger aus. Nachmittags machten Ihre Majestäten eine Spazierfahrt durch den sehr belebten Thiergarten. Die Mitglieder der k. Familie hörten die Predigt theils im Dome, theils in der auf dem Gendarmenmarkt gelegenen franz. Kirche, in welcher Hr. Godel predigte. Die Frau Prinzessin von Preußen fuhr auch von hier aus mit der Prinzessin Stephanie von Hohenzollern-Sigmaringen ins Schloß, und machte ihrer Schwiegertochter, die immer noch unpäßlich ist, einen längeren Besuch. Wegen des Unwohlseins der hohen Frau ist sowohl die Gesangsaufführung im Schloßhofe, als auch die Ballfeste in Potsdam auf unbestimmte Zeit verschoben. — Dem Prinzen von Preußen ist gestern Abend ein Unfall begegnet, der leicht hätte die traurigsten Folgen haben können. Se. Königl. Hoheit befand sich nämlich im Schauspielhause, wo „die Räuber“ gegeben wurden. Gegen 9 Uhr verließ der Prinz allein das Haus, um sich die Markgrafenstraße entlang durch die Behrenstraße in sein Palais zu begeben. An der Markgrafen- und Behrenstraßenecke wollte der Prinz den Straßenrand passieren, glitt, im Begriff über den Kinnstein zu steigen, und fiel hin. Niemand befand sich in diesem Moment an der Seite des Prinzen, die Straße war leer und der hohe Herr mußte sich mühsam allein aufheben und langsam bis zum Palais fortzuschleppen. Hier ließ er sich von einem Diener unterstützen in sein Zimmer führen, wo er sich, über Stiche im linken Fuße klagend, auf einen Lehnstuhl niederließ. Der sofort herbeigerufene Leibarzt, Geheimrath Lauer, untersuchte das Bein und gab die frohe Erklärung ab, daß kein Splitterbruch, sondern nur eine Quetschung stattgefunden habe; der Prinz besorgte nämlich bei den Stichen, die er im Fuße empfand, daß er einen Splitterbruch erlitten habe. Es wurden unver-

züglich auf der gequetschten Stelle Blutegel angelegt und heute ist die Geschwulst bei einer ziemlich guten Nacht, die der hohe Patient gehabt, fast ganz beseitigt, und es ist die beste Aussicht, daß der Prinz bald völlig wiederhergestellt sein wird. Gestern Abend war Theegesellschaft im Palais des Prinzen, die wegen dieses Unfalls auch nicht abgesagt wurde; der Prinz erschien natürlich in derselben nicht, dagegen fand die Familientafel heute nicht statt. Die Mitglieder der k. Familie machten schon heute Mittag dem Prinzen ihre Besuche und eben so eilten viele Bewohner unserer Stadt in das Palais, um sich nach dem Befinden des hohen Patienten zu erkundigen; denn schon gestern machte das Gerücht die Runde, der Prinz habe in Folge eines Falles einen Beinbruch erlitten. — Die noch hier weilenden hohen Gäste, die Großherzogin Mutter von Mecklenburg-Schwerin und die Streifler Herrschaften, haben sich heute am Hofe verabschiedet und wollen morgen die Rückreise antreten. Auch die Prinzessin Stephanie von Hohenzollern-Sigmaringen gedenkt sich morgen nach Düsseldorf zurückzugeben, kommt aber in etwa acht Wochen mit ihren Eltern wieder nach Berlin, wo dann ihre Vermählung durch Prokuration mit dem König Dom Pedro V. von Portugal stattfindet. Bald nach der Vermählung geht die hohe Frau mit ihrer Familie zum Besuch nach London und schiffet sich von dort nach Lissabon ein. — Um die erledigte Direktorstelle beim Kreisgericht in Pleschen sind mehrere Bewerber, auch Mitglieder dieses Kreisgerichts, aufgetreten, doch höre ich, daß von Posen aus ein älterer Rath in Wollstein in Vorschlag gebracht worden ist.

[Dankagung.] 33. K. H. der Prinz und die Prinzessin Friedrich Wilhelm von Preußen veröffentlichten durch den „St. Anz.“ nachfolgenden hohen Erlass: „Es sind uns von dem Augenblicke an, wo Wir den heimathlichen Boden nach Unserer Vermählung betraten, fort und fort so viele theure Beweise wahrer Theilnahme an Unserem Glück geworden, daß die Erinnerung hieran für Unser ganzes Leben unaussprechlich bleiben wird. Nur Wenigen konnten Wir diese Empfindungen selbst ausdrücken und für alle Aeußerungen und Gaben genügend danken. Wenn Wir dies nun heute dem ganzen Lande aussprechen, so geschieht es mit dem innigen Gebet zu Gott, daß Er das theure Vaterland mit Seinen reichsten Gaben segnen möge, jetzt und immerdar. Berlin, den 19. Februar 1858. Friedrich Wilhelm, Prinz von Preußen. Victoria, Prinzessin von Preußen.“

Berlin, 20. Febr. [Die Wuchergesetze.] Bei dem allgemeinen Interesse, das die Frage wegen Aufhebung der Wuchergesetze mit Recht in allen Kreisen erregt, halten wir es für erwünscht, aus einem Zeitartitel der „Zeit“ nachfolgendes, mit Bezug auf die von uns unten ausführlicher gegebene Debatte, auch hier mitzutheilen. Es heißt darin: „Die gestrige höchst interessante Sitzung im Hause der Abgeordneten, welche bis 3½ Uhr Nachmittags dauerte, lieferte für einen mit den Persönlichkeiten und den Verhältnissen im Hause Bekannten eine große Masse des Ungewohnten. Die Tribünen waren überfüllt und die Abgeordneten, bis auf wenige Ausnahmen, folgten mit Spannung den in der That von Geist und Witz überprudelnden Reden. Sollte man da nicht glauben, es handle sich um ein tief eingreifendes Gesetz, um eine neue dem Volke aufzulegende Steuer? eine Aenderung der Verfassung u. dgl.? In der That! wir sahen kaum eine größere Spannung, als es sich um die Genehmigung einer Schuld von 30 Millionen und eines Zuschlages zur Klassen- und Einkommensteuer handelte, und doch handelte es sich diesmal nur um die nachträgliche Genehmigung zu der von der königlichen Staatsregierung geschienenen und durch die Dringlichkeit der Umstände geboten gewesenen dreimonatlichen Suspension der Wuchergesetze. Der Abgeordnete Wagener eröffnet gegen die Regel, welche den Referenten erst am Schluß der Debatte das Wort ergreifen läßt, die Debatte, indem er, wie ihm noch von einem der folgenden Redner zum Vorwurf gemacht wird, nicht die Ansicht der Majorität der Kommission, sondern seine davon abweichende, die dahin geht, gegen das erlassene Gesetz zu stimmen, also demselben die nachträgliche Genehmigung zu verweigern, mit Lebhaftigkeit vertritt. Er tritt also, obgleich er früher so oft den Oligarchen das Wort geredet und sich selbst als zu den warmen und wahren Freunden der Regierung gehörig bekannte, gegenwärtig als der heftigste Gegner von Beiden auf. Die Regierung findet aber in nicht zu kurzer Zeit ihren geschickten Verteidiger und zwar dies Mal nicht auf der rechten Seite des Hauses, sondern in der Person ihres sonst entschiedensten Gegners. Der Abgeordnete Wenzel übernimmt es, für die Regierung zu streiten. Mit großer Schärfe und Klarheit greift er jeden verwundbaren Punkt in dem Berichte der Kommission an, und gewiß mit Verwunderung begrüßt man vom Ministerstische den unverhofften und unerwarteten Bundesgenossen; doch das Timeo Danaos et dona ferentes geht auch hier in Erfüllung, denn bald wenden sich seine Angriffe gegen die Regierung. Als eifriger Anhänger der Aufhebung der Wuchergesetze und der Freigebung des Zinsfußes tadelt er, daß man nicht sofort zur völligen Aufhebung geschritten, daß man kein System verfolge, und der Minister für Handel und Gewerbe nach Beseitigung der Geldkrisis sogar bereits erklärt habe, daß es vorläufig nicht in der Absicht der Regierung läge, fernerweit eine Aenderung der Wuchergesetze eintreten zu lassen. In seinem Eifer und mit Hinweisung auf Amerika und England bekennt sich der Abgeordnete selbst zu den Ideen und Prinzipien der französischen Revolution, da sie den Grundsatz der gleichen Menschenrechte und den Haß gegen alle Privilegien ausgesprochen hätte. Solche Privilegien erstrebten aber „die kleinen Herren“ oder doch wenigstens ein Theil dieser, oder wie er sich etwas unparlamentarisch ausdrückt, eine Spezie derselben, die in der „Kreuzzeitung“ ihr Organ erblickt, denn sonst müßte er allerdings zugeben, und würde der Herr Minister des Innern ihm dies nicht in Abrede stellen, fange man jetzt im Herrenhause an, die

Stellung der Aristokratie zu begreifen, wovon die neulich im dortigen Hause geschehene Ablehnung eines Gesetzesentwurfes den sehr klaren Beweis geliefert habe.

Aber auch der Abg. Wenzel fand einen seiner würdigen Gegner, und wiederum nicht auf der rechten Seite des Hauses, sondern in einem seiner sonstigen politischen Freunde. Der Abg. Reichenperger-Mahen war es, der mit seinem Rednertalent und seinen reichen Kenntnissen die Aufhebung der Wuchergesetze bekämpfte und, indem er zwar für die nachträgliche Genehmigung der Verordnung vom 27. November stimmt, will er doch den Antrag angenommen wissen: „das Haus der Abgeordneten erklärt, daß aus der Genehmigung der Verordnung nicht abzuleiten sei, als werde dadurch die Beurtheilung der erheblichen Bedenken präjudizirt, welche einer definitiven Aufhebung der Zinsbeschränkungen entgegenstehen.“ Er greift mit Schärfe die Säge an, daß das Geld eine Waare sei, davon habe sich bereits der Konvent während der französischen Revolution überzeugt, denn während er zwar diesen Grundsatz gepredigt, habe er doch die Preise für die Lebensmittel festgesetzt und die Annahme der Assignaten bei schwerer Strafe befohlen. Das Bestehen der Wuchergesetze sei nicht für die Grundbesitzer oder die sogenannten kleinen Herren notwendig, sondern die Aufhebung derselben sei identisch mit der Freigebung der Rechte der Armen gegenüber den Reichen. In Amerika, wo noch vielfach der Revolver herrsche, beständen dennoch in einzelnen Staaten ebenfalls Wuchergesetze, in England wären sie nur theilweise aufgehoben, und in Frankreich, Oesterreich und Norwegen habe man sie zwar aufgehoben, aber nothgedrungen wieder eingeführt. Er könne für eine Maßregel kein Herz gewinnen, welche hauptsächlich von Schwindlern oder Bankrottirern am meisten erstrebt und gewünscht werde. Es könne kein Grund sein, das Gesetz aufzuheben, weil es umgangen werde. Dies fände bei vielen Verordnungen statt, ohne daß man sie deshalb für unnötig erachtete. Auch er sei für den Fortschritt und in Preußen fände stets das Wort „Vorwärts“ Beifall, aber in Preußen sei man noch gewohnt, erst bei den Nachbarn Erfahrung zu sammeln und davon zu profitieren, und man möge daher auch hier erst noch Erfahrungen sammeln und die Folgen abwarten, welche die Aufhebung der Wuchergesetze in anderen Staaten hervorrufen würden. Er sei für die Freiheit, aber nicht für die des Zinsfußes. Lauter wiederholter Beifall von beiden Seiten des Hauses begleitete mehr als einmal den gewandten Redner, während das vom Abgeordneten Wenzel ausgesprochene Lob der Prinzipien der französischen Revolution eine fast unheimliche Stille im Hause hervorrief.

Neben diesen hervorragenden Rednern sprachen noch der Abg. Diergardt für die Aufhebung der Wuchergesetze und der Abg. Berger, obgleich der liberalen Partei angehörig, dagegen. Was nun die Rede des Erstern anlangt, so hat der geehrte Abgeordnete mit vielen anderen gemein, einen schwachen, zum Angriff geeigneten Punkt darzubieten, denn wie z. B. der Abg. Wenzel sich durch seine besondere Vorliebe für die früher berechtigten Grundbesitzer nur zu oft vertheilen läßt, daß durch die Gerechtigkeit gebotene Maß zu überschreiten, die der katholischen Fraktion angehörigen Redner sich nur zu leicht im Eifer auf das religiöse Gebiet verirren, die Redner der Fraktion der Polen stets das frühere Polenreich vor Augen haben u. s. w., so kann der Abg. Diergardt seine Bekanntschaft mit England, die, wie wir hören, 32 Jahre alt ist, und seine Verbindung mit diesem Lande nicht vergessen, ebensovienig wie die Mittheilung der ihm zugegangenen, aber es dürfte doch etwas zu weit gehen, hierbei auf das erfreuliche Ereigniß hinzudeuten, was jüngst die Brust jedes Preußen bewegte. Denn das preussische Volk hat dem geliebten Fürstenpaare doch schwerlich mit allerlei Hintergedanken entgegenjubelt, und die Hoffnung, daß nunmehr englische Zustände, und im Speziellen die Aufhebung der Wuchergesetze in Preußen eingeführt werde, kann doch nicht dabei als maßgebend angesehen werden. Der Abg. Berger bemerkte unter dem Beifall der Zuhörer, ebenfalls in London gewesen zu sein, sprach sich mit großer Ruhe und, wie man durchsah, mit Erfahrung über den vorliegenden Gegenstand aus und erklärte schließlich, der Resolution des Abg. Nathusius beitreten zu wollen. Da sich noch sehr viele Redner zum Worte gemeldet haben, so dürfte der Schluß der Debatte wohl erst in nächster Woche erfolgen, aber es kann schon jetzt mit ziemlicher Gewißheit behauptet werden, daß die Genehmigung der Verordnung beigelegte Resolution des Herrenhauses im Hause der Abgeordneten die Mehrheit der Stimmen nicht erlangen wird. — Die Rede des Abg. v. Gerlach wird durch eine lange Vorrede eröffnet, was schon früher oft dagewesen ist, die glorreichen Thaten der äußersten Rechten einzeln aufzählt. Daß Werl seiner Partei ist, daß Verfassung und Rednertribüne dem preussischen Volke erhalten und nicht in den Abgrund des souveränen Volksthumes versunken sei, daß nicht Preußen in Deutschland aufgegangen, daß die Grundsteuer noch nicht eingeführt, daß den Steuervorlagen im vorigen Jahre nicht zugestimmt worden u. s. w., und wenn man ja mitunter an seiner und seiner politischen Freunde Konsequenz zweifeln möchte, so bemerkte er, daß der konsequente sei, der seine Grundsätze den Umständen anzupassen suche. Zur Sache selbst gesteht der Abgeordnete v. Gerlach der Regierung zu, daß die zeitweilige Aufhebung der Wuchergesetze durch die Dringlichkeit der Umstände geboten gewesen sei, glaubt auch nicht, daß gegenwärtig die definitive Aufhebung dieser Gesetze zu befürchten sei; da aber doch vielleicht eine verschiedene Meinung innerhalb der Regierung darüber herrschen könne, hält derselbe die Annahme der Resolution des Herrenhauses im Interesse der Armen für notwendig und erklärt dafür zu stimmen. Dem Redner folgt der Abg. Harlort auf der Tribüne, und indem er dem Vorredner dankt, daß er diese dem Lande erhalten habe und sich seinerseits rühmt, acht Jahre hintereinander die

Grundsteuerfrage angeregt zu haben, bemerkt er, wie die Großen der Erde durch das Vorgehen großer Summen die Nothschilde reich gemacht und den hohen Zinsfuß hervorgerufen hätten, aber da das Sprichwort wahr sei, daß man die Großen frei ausheben lasse und nur die Kleinen bestrafe, so wolle er, ohne zu den Schwindlern zu gehören oder dem Wucher das Wort zu reden, die Bestrafung des Wuchers abgeschafft wissen. Durch Affoziation der kleinen Kapitale aber würde dem Wucher und der Geldnoth am besten entgegengetreten. (3.)

— [Eine Widerlegung.] Es sind in letzter Zeit außerordentlich viel Begnadigungsgesuche eingelaufen, wahrscheinlich weil der Glaube genährt wurde, daß aus Anlaß der Vermählung Sr. Königl. Hoheit des Prinzen Friedrich Wilhelm ein Amnestiedekret erscheinen werde. Wir können mittheilen, daß ein solches Dekret nicht zu erwarten ist. (N. P. 3.)

Barth, 20. Februar. [Gaserplosion.] Als vor einigen Tagen hier Herr Schmidt aus Hamburg seine Nebelbilder zur Schau stellte, ereignete sich folgender Zwischenfall: Während der feuer spielende Berg Jesus in Scene ging und bedeutende Rauch- und Lavamassen entwickelte, entstand plötzlich eine so heftige Explosion, daß sämtliche Fenster des Saales zerprangen und die Thüren aus den Angeln gehoben wurden. Glücklicherweise ist ein weiterer Unfall dabei nicht vorgekommen. Einer der Gasfässer, durch welche die Flamme gespeist wird, war geplatzt und buchstäblich in tausend Stücke zerfallen. Herr Schmidt, welcher sich in der Nähe des Saales befand, wurde 6 Fuß weit weggeschleudert und zur Erde geworfen. (N. 3.)

Glogau, 20. Febr. [Bahnhofsbrand.] Heute Mittag gegen 2 Uhr brach in dem hiesigen interimsistischen Bahnhofe der Lissa-Glogauer Bahn auf dem Blockhausplateau Feuer aus, wobei ein Theil der Empfangsräume, sowie die Bilet- und Gepäckexpeditionskasse abgebrannt sind. Durch die eiligst getroffene und umsichtig geleitete Hilfe ist es gelungen, größeres Unglück zu verhüten und namentlich auch das rechtsseitige Blockhaus und die Gütermagazine zu retten. Der Betrieb auf der neuen Bahn wird in Folge der von der Verwaltung sofort getroffenen Vorkehrungen durch diesen Unfall keinerlei Störung erleiden. (So berichtet die „Schl. Z.“. Zur Ergänzung vgl. u. die Korr. aus Lissa. D. N.)

Königsberg, 20. Februar. [Begräbniß des Generals v. Plehwe; zum Konkurs.] Der letzte Bestimmung des im Duell gefallenen Generalleutnants v. Plehwe gemäß ist seine Leiche gestern Vormittag aus der Stadt nach dem bei Schirwindt gelegenen Gute seines Bruders, des Rittmeisters a. D. v. Plehwe, abh. Dwarischen, gebracht worden. Obgleich sich der verstorbene General jede Leichenfeierlichkeit verboten hatte, so daß in Folge dessen auch die seinem Range gebührende militärische Begleitung durch größere Truppenkorps unterblieb, so versammelte sich doch um 8½ Uhr Vormittags ein außerordentlich großes Gefolge Leidtragender aller Stände im Sterbehause, um dem Verbliebenen die letzte Ehre wenigstens durch Begleitung des Sarges bis zu dem Stadthore zu geben. Nach Abhaltung eines feierlichen Gottesdienstes im Wohnhause des Verstorbenen, zog sich der lange Trauerzug, in welchem man das Offizierskorps der Garnison, geführt von dem kommandirenden General v. Werder, so wie die Vorstände aller Behörden und zahlreiche Kaufleute, Handwerker, Soldaten und Einwohner aller Stände bemerkte, den Steindamm entlang durch die französische und die Königsstraße nach dem Sachheimer Thore zu, wo der Zug sich auflöste und die Theilnehmenden sich nach Hause begaben. — Ueber das Vermögen des Kommerzienraths Jachmann ist der gewöhnliche Konkurs, über das seines Schwiegersohnes, des Herrn v. Plehwe, der kaufmännische Konkurs eröffnet; ersterer ist als Gutsbesitzer angesehen, letzterer dagegen als Fabrikbesitzer, weil die zu Trutenau errichteten Fabriken hauptsächlich von Herrn v. Plehwe ins Leben gerufen und die von ihm aufgenommenen Kapitalien zum Fabrikbetriebe verwendet sind. Konkursleitendes Gericht ist das hiesige Kreisgericht, welches eine Taxaufnahme der Güter Trutenau und Mittelbeck veranlaßt hat, der zufolge der Werth der Güter sicherem Vernehmen nach 250,000 Thlr. beträgt. Die Schuldenmasse beträgt dagegen circa 350,000 Thlr., so daß für die Familien Jachmann und Plehwe wenig Aussicht ist, sich im Besitze der Güter zu erhalten. Den Irrthum über die wahre Lage des Vermögensstandes derselben, der schon seit Jahr und Tag ein nichts weniger als günstiger war, schreibt man allgemein einer früheren landschaftlichen Taxe der genannten Güter zu, nach welcher der Werth derselben beinahe das Doppelte des jetzt Ermittelten beträgt. Anscheinend haben die Familien Jachmann und Plehwe selbst sich im Irrthum über den Werth der Güter befunden und daher zu Meliorationen und zu Fabrikanlagen so große Kapitalien (leider meist gegen Wechsel) aufgenommen, daß die Güter den Gläubigern keine Sicherheit mehr gewähren und deren Erträge zur Einköpfung der umlaufenden Wechsel nicht ausreichen konnten. (3.)

Halle, 20. Febr. [Der Unionsverein.] Zur Orientirung über den mehrbesprochenen Unionsverein ist der „Zeit“ ein Aufsatz eingesandt, den wir seines theilsächlichen Inhalts wegen im Folgenden mittheilen. „Der evangelische Unionsverein in der Provinz Sachsen, zu dessen Bildung der Superintendent Dr. Etter zu Scheideburg durch einen bezüglichen Aufruf angeregt hat, zählt jetzt ca. 200 Mitglieder. Er beschränkt sich darauf, Pastoralvereine zu sein. In der ersten zu Halle am 20. Oktober v. J. gehaltenen Versammlung haben die Anwesenden folgende Erklärung unterzeichnet: „Nachdem die konfessionellen Spannungen innerhalb unserer evangelischen Kirche einen solchen Grad erreicht haben, daß vielschichtig die Auflösung der bestehenden Union als das einzige Mittel, der Wahrheit zu Recht zu helfen und den Frieden der Kirche zu erhalten, gefordert wird, so finden sich die Unterzeichneten zu der Erklärung veranlaßt, daß sie das Heil der Kirche nicht in der Auflösung, sondern in der Erhaltung und Pflege der Union erblicken. Den Unterzeichneten ist nämlich die Union nicht ein Schirm, hinter welchen sich der Unglaube und die Bekenntnisslosigkeit flüchten darf, sondern das Panzer, um welches sich die sammeln, welchen das Fundament der evangelischen Kirche die reformatorischen Bekenntnisse sind. Wir erkennen darin zwar Differenzen an, doch zugleich einen tiefen, centralen und durchgreifenden Konsensus, um welchen sich die Glieder der evangelischen Kirche unter einem gemeinschaftlichen Kirchenregimente und am Tische des Herrn als Brüder vereinigen können. Wir erkennen als unitar die Gemeinden an, welche, wenn auch nicht durch protokollarische Erklärung, so doch auf dem kirchenregimentlich ausdrücklichen vorgezeichneten Wege durch Annahme des unitarischen Abendmahls der Union beigetreten sind, und die in ihrem Glaubensbewußtsein kein Verlangen nach Wiederkehr der konfessionellen Sonderung hegen und dieselbe in ihrer erkennbaren Gesamtheit fundamen. Wir nehmen somit für die Union das historische Recht in Anspruch und erkennen in derselben eine Tatsache, zu welcher sich der Herr als zu seinem Werke bekannt hat. Was der Herr der Kirche auf Grund der schon bestehenden Union noch weiter schaffen wird, vermaßen wir uns nicht zu bestimmen, möchten aber nicht erlauben werden als solche, welche des Herrn Vornehmen hindern, vielmehr als solche, welche unter seinem Gnadenheile daselbst mit allen Kräfte zu fördern entschlossen sind.“ In der zweiten am 2. Debr. v. J. gleichfalls in Halle gehaltenen Versammlung ist anerkannt, daß der Verein nach seinen bisherigen Rumbgungen alle diejenigen von sich ausschließe, welche die Union wesentlich als Schild rationalistischer Aeußerungen und Bestrebungen zu benutzen beabsichtigt sind. Außerdem sind folgende Thesen angenommen: „Die Union schließt die Konfession nicht aus. Es giebt auf dem Unionsgebiete nur zwei Konfessionen: die lutherische und die reformirte. Aber es ist auf dem Gebiete der Union eine dreifache Stellung zum Bekenntniß möglich: a) die Stellung auf dem lutherischen Bekenntnisse in seiner Eigenthümlichkeit, b) die Stellung auf dem reformirten Bekenntnisse in seiner Eigenthüm-

lichkeit, c) die Stellung auf dem Konsensus beider Bekenntnisse in ihrer lebendigen Durchdringung, alle drei jedoch mit principieller Festhalten der Abendmahlsgemeinschaft unter einander.“ Endlich sind noch Anträge an den Evangelischen Oberkirchenrath beraten und beschlossen, welche die Sicherstellung des Unionsgebietes und der Unionsordnungen auf demselben bezwecken. Bei solcher Auffassung der Union, wie sie aus den vorstehenden Erklärungen ersichtlich ist, hält sich der Verein eben so fern von Konfessionslosigkeit und Konfessionsmischerei, als von exklusivem Konfessionalismus. Dafür hat er denn aber auch seine Gegner auf zwei Seiten. Die „Protestantische Kirchenzeitung“ ist mit Hohn gegen ihn aufgetreten, da er sich mit seinen Erklärungen ganz außer Gefahr stelle, sich nach oben hin unbeliebt zu machen. Hier in der Provinz fehlt es nicht an ähnlichen Stimmen. Allerdings hat der Evangelische Oberkirchenrath sich bereits über die Bestrebungen, welche sich in den bisher eingereichten Erklärungen und Mittheilungen des Vereins fundenge, sehr günstig ausgesprochen. Auf der andern Seite hat sich zunächst Pastor Seiler in Halle durch die Bildung des Vereins gedungen gefühlt, mit „95 Theilen wider die falsche Union“ und mit „drei lutherischen Predigten“ auf den Kampfplatz zu treten. Die falsche Union ist ihm die „gegenwärtige“. Er wirft der reformirten Konfession vor, daß sie einen andern Christus habe, als die lutherische, weil sie leugne, daß Christus nach seiner Menschheit allgegenwärtig sein könne. Er behauptet, zwischen lutherischer und reformirter Lehre bestehe im Grunde keine Eintracht; darum sei eine solche Union, die sich auf die Uebereinstimmung der beiderseitigen Lehren gründen wolle, ein Unding, und eine solche Union, die die beiderseitigen Bekenner zu einem gemeinschaftlichen Abendmahl zwingen, d. h. ihre wechselseitige Zulassung zum Abendmahl durchaus gebieten und einrichten wolle, eine Unsitlichkeit. Er behauptet ferner, es sei reformirter Geist, die lutherische Kindertaufe für eine Sektentaufe zu erklären, und reformirter Geist habe in Gemeinschaft mit dem Geiste der Jesuiten den dreißigjährigen Krieg zu verantworten. Die hiermit der Union gemachten Vorwürfe hat Dr. Etter in seiner „Verbittenen Parodie des jüngsten Jünglingsneunzigers“ in einer dem Angriffe ganz entsprechenden Weise treffend zurückgeworfen. In den drei lutherischen Predigten ist viel Polemik gegen Zwang zur Union: „Wenn die Reformirten sich ein für allemal ein Recht erzwingen wollen an unsern Tisch: fort damit; reformirten taugt nichts!“ In der dritten Predigt wird an das Wort des Herrn appellirt: Gebet dem Kaiser, was des Kaisers ist, und Gotte, was Gottes ist! und doch heißt es in derselben Predigt: „noch hinder uns der Staat nicht, daß wir unsere Kirche pflegen und bauen“, und in der zweiten Predigt wird gemahnt, Gott dafür zu danken, daß „uns ein König auf Erden gegeben ist, welcher der Kirche gerecht und wohlgeant ist, die ihn nicht geboren und erzogen hat.“ Es gilt nun einmal unsern Eklusiven als Zwang zur Union, wenn Schutz der Unionsordnungen innerhalb des Unionsgebietes gefordert und gewährt wird. Wir freuen uns, mittheilen zu können, daß der Evangelische Oberkirchenrath auf die von dem diesseitigen Unionsvereine eingereichten Erklärungen und Anträge unter Anderem erwirbt hat, daß die Auslegung der Generalverfassung vom 7. Juli v. J.: „als solle die Abendmahlsgemeinschaft auf dem Unionsgebiete nicht mehr als feste Ordnung anerkannt, sondern vielmehr ihre Geltung auch bei solchen Gemeinden, die der Union beigetreten sind, ins Belieben, namentlich des an denselben fungirenden Pfarrers gestellt sein“, völlig unberechtigt sein würde. Die „Evangelische Kirchenzeitung“ schürt das Feuer durch ihre maßlosen Angriffe auf Dr. Etter, den sie zu einem revolutionären Unionsbilden stempelt und dem sie in ihrer feinen Weise zuruft, er solle sich nicht mit Luther vergleichen: „quod licet Jovi, non licet bovi!“ Sie will ohne Unglück gesagt haben. Das „Vollblatt für Stadt und Land“ ist von Anfangs gegebenen Versäufungen bereits zurückgekommen. Der obgenannte Verein gedenkt am 1. Juni d. J. seine dritte Versammlung in Halle zu halten.“

Wien, 19. Febr. [Die Entlassung Villauts.] Nach einer Pariser Korrespondenz der amtlichen „Gazzetta di Milano“ war die Entlassung des Herrn Villaut von dem Posten des Ministeriums des Innern Seitens des Kaisers eine beschlossene Sache schon an dem Tage, als demselben das Resultat der letzten Pariser Deputirtenwahlen mitgetheilt worden war. Es wurde Herrn Villaut höchsten Ortes sehr zum Vorwurf gemacht, daß er auf die öffentliche Meinung nicht jenen heilsamen Einfluß auszuüben verstanden habe, der die Kraft und die Stütze des napoleonischen Gouvernements bilden solle. Auch wird ihm der Verfall der Regierungspresse zur Last gelegt, indem Herr Villaut nach der Uebernahme des Portefeuilles des Ministeriums des Innern in das sogenannte Bureau de l'esprit public zwei schädliche Elemente eingeführt haben soll, nämlich die Lobbydelei aller Regierungsstände und die persönlichen Angriffe auf die Gegner des gegenwärtigen Systems. War demnach die Stellung des Herrn Villaut schon vor dem 14. Januar ernstlich kompromittirt, so wurde sie nach dem Aitenate eine gänzlich unhaltbare, und konnte ihn vor dem Sturze aller Eifer und alle Dienstbefähigkeit nicht retten, die er nach der Explosion der Handgranaten augenscheinlich zur Schau trug. Es soll ihm jetzt die Stelle eines Präsidenten des Rechnungshofes zugebach sein. (N. 3.)

— [Das österreichische Pilgerhaus in Jerusalem] ist vollendet und der mit dem Bau beauftragte gewesene Architekt Endlicher zurückgekehrt. Weißer und rother Stein ziert in abwechselnden Schichten das Aeußere des Hauses, um so die vaterländischen Farben zu repräsentiren, deren Ursprung die Sage diesem Lande zuschreibt. Der Bau ist im mittelalterlichen Stile gehalten. Im Hauptgebäude werden 25, theils größere, theils kleinere Zimmer im Nothfalle bis 100 Pilger zu gleicher Zeit aufnehmen können, während die Nebengebäude die Hälfte dieser Zahl zu fassen im Stande sind. Mehrere aufgefundenen antike, in Felsen gehauene Zisternen versorgen das Haus mit Wasser.

— [Theaterfandal.] Im Theater zu Venedig wurde in der Oper „Candiano IV.“ eine Verschwörungsscene jeden Abend außerordentlich beklacht, und da weder die Musik noch die Ausführung eine solche Auszeichnung verdiente, so hielt man dies für eine politische Demonstration und es legte sich die Polizei ins Mittel. Dies gab zu lärmenden Auftritten Anlaß, welche sich öfters wiederholten, so daß eines Abends die Vorstellung unterbrochen, das Theater geräumt und geschlossen wurde, und die nächste Folge das Verbot jener Oper war. Die „N. Z.“ warnt die Venetianer, daß wenn sie in solchen Gefinnungen verharren, alle vornehmen Gäste, die jetzt den Winter in Venedig zubringen, jene Stadt verlassen und zum großen Nachtheil dieser sich einen andern Aufenthalt wählen würden.

Württemberg, Stuttgart, 18. Febr. [Die Jerusalemfreunde.] Endlich ist die Kommission der Jerusalemfreunde nach dem gelobten Lande abgegangen. Sie besteht aus drei Männern: Ch. Hoffmann, Gründer einer Pietistengemeinde und ehemaliger Notar, Harbegg, Kaufmann aus Ludwigsburg, und Wubel, Weinbrenner von Oberfürstheim im Niederrhein. Ehe diese drei die Reise nach Palästina angetreten haben, war noch große Versammlung der Gläubigen auf dem Kirchenberthof. Nach der „Süddeutschen Warte“, ihrem Organ, betragen die aufgetragenen Mittel zur Reise 5420 fl. 40 Kr., welche theils von „Jerusalemfreunden“ und „Freundinnen“, theils von „Gefangenen in Babel zum Wiederaufbau Jerusalems“ herrühren. Unter den Ausgaben der „Rasse für Jerusalem“ findet sich auch ein Posten von 295 fl. für eine Reise Hoffmanns nach Berlin zu dem König von Preußen. Ueber den Sinn der Reise nach Jerusalem spricht sich die „Warte“ so aus: „Die Reise wird in der Absicht unternommen, nach dem Reiche Gottes zu trachten. Da die Ausführung der Weissagung ebensoviel und mit noch viel mehr Recht, als andere Unternehmungen, der äußeren Mittel bedarf, so bleibt die Jerusalemstafte fortbestehen, denn die Aufrichtung des Reiches Gottes verlangt gebieterische Gelder. Betrachtet man das Reich Gottes mit seinen Einrichtungen, so sieht man wohl, daß diese das einzige Mittel sind, um die Menschen aus ihren elenden und verkehrten Zuständen herauszuheben, und daß der Tempel in Jerusalem bestimmt ist, die Gerechtigkeit Gottes wieder zu verhandigen, wie bei der Geburt des Herrn. Jetzt mehr als je ist es Zeit, Gesundheit der Seele und des Leibes nicht durch verkehrte, von dem Herrn verurtheilte Mittel, z. B. Lebensverschönerungen, an denen sich sogar Geistliche betheiligen, zu sichern, sondern durch

Ausführung des Befehls des Herrn.“ Die Sekte der Jerusalemfreunde ist über das ganze Land verbreitet. (Fr. 3.)

— [Wassermangel.] Auf der schwäbischen Alb siebt's mit dem Wasser weit trauriger aus, als sonst. In Sonsee, an der Bonequelle, kann man täglich 40–50 zwei- oder gar vierpännige Wagen und Schritten sehen, die das Wasser in großen Gefäßen holen, um es ihren Drischäften zuzuführen. Der Eimer Wasser kommt, je nach der Entfernung, auf 1 fl. bis 1 fl. 30 Kr. Großbauern, Bierbrauer und andere reiche Leute, die eigenes Fuhrwerk besitzen, thun's auf eigene Rechnung, freilich zum großen Nachtheil ihres Geschäfts und Geldbeutels! Die armen Leute aber sind doch noch übler daran, denn sie müssen nun nicht bloß das Wasch- und Koch-, sondern sogar das Trinkwasser zahlen, den Schoppen mit einem Kreuzer.

Hessen, Marburg, 18. Februar. [Die Schmähchrift Bilmars.] Die in der Elwert'schen Buchhandlung zu habende Broschüre: „Zur vorläufigen Abweisung einiger Mißdeutungen, Marburg, Februar 1858“, verbreitet neues Licht über das Treiben des Herrn Bilmars. Es erhellt daraus, welcher Mittel sich die Partei bedient, um unter steter Berufung auf das „Bekenntniß“ zur Herrschaft zu gelangen. Man weiß bereits, daß Bilmars sich als den Verfasser eines Flugblattes, „als Manuscript gedruckt in 50 Exemplaren“ bekannt hat, welches Gegenstand polizeilicher Beschlagnahme und gerichtlicher Verfolgung geworden ist (N. 5. u. f. 3.). Es werden darin in unverantwortlicher Weise der theologischen Fakultät geradezu Dinge angelichet, an die sie niemals gedacht hat. „Was in dem Gutachten der theologischen Fakultät zu Marburg „Ueber die heftige Bekenntniß- und Katechismusfrage“ vom 10. September“, heißt es in dem Bilmarschen Flugblatt, „die Lutheraner allerdings vorzüglich indignirt und die heftigsten Pfarrer lutherischer Konfession gegen die Lutheraner Henke und Ranke, in welchen die Lutheraner Kirchensess die berufenen wissenschaftlichen Vertreter ihrer Konfession anerkennen haben, so gar aufgebracht hat, ist die in dem Gutachten wiederholt vorkommende Insinuation, als sei die lutherische Lehre unter anderem die, daß der Leib und das Blut Christi mit den Zähnen zerbißsen werde.“ „Daß zwei Lutheraner, die Professoren Henke und Ranke“ (der Bruder des berühmten Geschichtschreibers in Berlin) „diese (angelegenen) Stellen des Gutachtens in demselben geduldet haben, zeigt freilich jedenfalls, daß sie in diesem Punkte, wo nicht von dem Bekenntniß ihrer Kirche abgefallen, doch gänzlich gleichgültig gegen dasselbe seien.“ Es liegt auf der Hand, daß Bilmars der nicht unmöglichen Wahl des Professors Ranke an die Stelle des verstorbenen Superintendenten Wette bezeugen wollte; vielleicht hat er die Stelle einem „Würdigeren“ zugebach. Die oben genannte Broschüre zeigt nun durch Thatfachen, namentlich durch Anführung der maßgebenden geschichtlichen Dokumente, daß die „Insinuation“ nicht dem Gutachten, sondern dem Herrn Bilmars zur Last fällt. Der Professor Gildemeister ist Verfasser der „vorläufigen Abweisung.“ Erscheint Bilmars schon mit seinen Verdrehungen der Wahrheit in einem traurigen Lichte: so kommt die persönliche Verletzung von zwei Männern hinzu, welche in jeder Hinsicht tadellos dastehen; und die Broschüre Gildemeisters wird dem Richter einen guten Anhalt zur Beurtheilung der Wege geben, die Bilmars nach seiner Moral einzuschlagen für gut befand. Ueberdies aber spricht man davon, daß die Anklage eine erhebliche Verstärkung erfahren hat, über die für jetzt Näheres noch nicht bekannt geworden ist. (Sp. 3.)

Mecklenburg, Schwerin, 18. Febr. [Hochverrathsprozeß; Prof. Baumgarten; Kandidatenmangel.] So eben erfahre ich, schreibt man den „S. N.“, daß die große Justizkanzlei in Schwerin den Termin für die Schlußverhandlung zweiter Instanz in der Untersuchungssache wider mehrere Moskauer wegen Hochverraths auf den 22. und 23. März angesetzt und dabei sogleich bestimmt hat, daß diese Verhandlung eine nicht öffentliche sein solle. Die drei bis jetzt noch Inculpirtten, Adv. Hane (im Kriminalgefängniß in Bismarck), Prof. Wilmbrandt und Schiffszimmergeselle Börger sollen, nach der Bestimmung des Gerichts, in Person erscheinen. Vorladungen sind daneben an die Kaufleute Schwarz und Blumne ergangen, deren Geständnisse, wie man sich erinnern wird, für das Erkenntniß erster Instanz eine Hauptstütze bildeten. An den preussischen Lieutenant Henke dagegen, der während der Untersuchung eine so wichtige Rolle spielte, ist eine Aufforderung zum Erscheinen nicht ergangen. — Die vor einigen Tagen auszüglich mitgetheilte Eingabe des Professors Baumgarten an das Ministerium, in welcher er auf Einleitung eines kirchenordnungsmäßigen Verfahrens antrug, ist demselben wegen unpassender Schreibweise retradirt worden. Er hat darauf, in gemilderter Fassung der Motivirung, denselben Antrag zum zweiten Male eingereicht und nunmehr den Bescheid erhalten, daß auf diesen Antrag nicht eingegangen werden könne. — Die Zahl der Kandidaten der Theologie ist bei uns noch immer eine sehr geringe, dem Bedürfnis bei weitem nicht entsprechende. Der neueste Staatskalender führt nur 22 auf, von denen nicht mehr als vier das Examen pro ministerio bestanden haben. Vor sieben Jahren betrug die Zahl der Kandidaten noch 63. Pfarrstellen giebt es in Mecklenburg-Schwerin 330, wozu noch ungefähr 15 Hülfspredikanten kommen. Reichlich versehen ist unser Land dagegen nach wie vor mit Advokaten, deren nicht weniger als 297 sind. Die Zahl der Aerzte beträgt 190. (Mecklenburg-Schwerin hat nach der Zählung von 1856 im Ganzen 542,064 Einwohner. D. Ned.)

— [Städtische Bevölkerung; Auswanderung.] Seit längerer Zeit schon macht sich bei uns in Folge der starken Auswanderung eine Abnahme der Bevölkerung selbst in demjenigen Theile derselben bemerkbar, der in den weissen Ländern ein fortgesetztes Wachsen erfährt, nämlich in der Einwohnerzahl der Städte. Es hat dieselbe in Mecklenburg-Schwerin, wo die gesammte städtische Bevölkerung jetzt 175,987 Seelen beträgt (Rostock 25,131, Schwerin 21,681, Wismar 12,700), zwar in einigen Städten, wie Rostock, Schwerin, Güstrow und einigen andern, sich im vorigen Jahre um 888 Seelen vermehrt, im Ganzen aber um 899 Seelen sich vermindert. Zu den Städten, in denen eine Verminderung stattgefunden, gehört auch das für den Handel so günstig gelegene Wismar, welches im letzten Jahre 133 Seelen verloren hat, eine Folge der eigenthümlichen Stellung dieses nur pfandweise von Schweden an Mecklenburg abgetretenen Plazes, der, als Ausland angesehen, so ungünstigen Zoll- und Steuerverhältnissen unterworfen ist, daß er sich nicht emporarbeiten kann. Amerika ist seit Jahren das Ziel, wohin außerordentlich starke Massen der mecklenburger Bevölkerung ziehen. Im Jahre 1854 betrug die Zahl der dorthin Ausgewanderten über 9000; im vor. Jahre über 10,000, d. h. $\frac{1}{2}$ Gesamtprozent der Bevölkerung. Wäre in den Nachbarländern die Auswanderung gleich stark gewesen, so hätte sie betragen in Hannover 40,000, in Pommern 26,000, in ganz Preußen 340,000, in ganz Deutschland (Bundesgebiet) 880,000. Bismarck hat aber die höchste Ziffer der Auswanderung aus dem ganzen Deutschland 200,000 betragen. (3.)

Rostock, 19. Febr. [Die Zahl der Gutsbesitzer in Mecklenburg-Schwerin] beträgt gegenwärtig 648 mit 1003 Hauptglücktern; nämlich: die Landeshererrschaft mit 67, 2 fürstliche Familien mit 9, 27 gräfliche Familien mit 73, 267 freiherrliche und adeliche Familien mit 353, 316 bürgerliche Familien mit 368, 12 geistliche Sif-

tungen mit 84, 17 weltliche Kommunen mit 42, 6 Bauerschaften mit 6 Hauptgütern. Dazu ein heimgefallenes Lehen. Gegen das Jahr vorher ist eine Verminderung der Hauptgüter um 5 eingetreten, indem die im Besitz von freierlichen und adeligen Familien befindlichen Hauptgüter sich um 4, die der geistlichen Stiftungen um 2 vermindert, dagegen die bürgerlichen Familien sich um 1 vermehrt haben. Die gutbesitzenden freierlichen und adeligen Familien haben sich in demselben Zeitraum um 4, die bürgerlichen um 3, die geistlichen Stiftungen um 1 vermindert. Die Allodien haben sich von 388½ auf 383½ vermindert. Die Zahl der Lehngüter beträgt, wie im Jahre vorher, 619½. Seit dem Jahre 1850 hat sich die Zahl der gutbesitzenden bürgerlichen Familien von 343 auf 316 vermindert, die der gutbesitzenden geistlichen, freierlichen und adeligen Familien dagegen von 264 auf 294 vermehrt. Die Zahl der Güter der ersteren ist von 463 auf 368, die Zahl der Güter der letzteren von 425 auf 426 gestiegen. Die Lehngüter haben sich in demselben Zeitraum um 8½ vermindert, die Allodien um 15½ vermindert. Unter den Veränderungen, welche während des letzten Jahres im Domanium stattgefunden haben, ist bemerkenswerth, daß sich vermehrt haben: die Erbpachtstellen von 1224 auf 1250, die Wälderstellen von 7093 und 7126, die Häuserstellen von 2141 und 2161, die Erbpächte von 75 auf 76, die Ziegeleien von 44 auf 46. Vermindert haben sich: die Pächthöfe von 253 auf 251, die Hauswirthschaften von 4209 auf 4190, die Forst- und Holzwälderhöfe von 195 auf 186, die Bachmühlen von 64 auf 62, die Pächtrüge von 187 auf 182. Im Jahre 1850 betrug die Zahl der Pächthöfe 259, der Hauswirthschaften 4501, der Erbpachtstellen 917, der Wälderstellen 6765, der Häuserstellen 1309.

Großbritannien und Irland.

London, 19. Februar. [Reflexionen der „Times“ zu den Parlamentsverhandlungen über die Moniteur-Adressen.] Die „Times“ macht sich über die von Griffith im Unterhause in Bezug auf die Moniteur-Adressen gestellte Frage lustig. „Herr Griffith“, sagt sie, „ist sehr patriotisch und wacht mit Eifersucht über die Landesehre. Aber, guter Herr Griffith, es giebt etwas, das beinahe eben so nöthig für das Leben ist, als die Ehre. Sie wollen uns nicht gönnen, daß wir in Zukunft noch über irgend etwas lächeln. Die Welt wird gar ernst und langweilig. Seit vielen Monaten ist uns nichts so Ergötzliches vorgekommen, als jene französischen Obersten. Einige verrückte Kritiker, die sich ein Geschäft daraus machen, jeden Anspruch auf Originalität zu untergraben, haben die grausame Konjekur aufgestellt, die vom „Moniteur“ veröffentlichten Aktienstücke seien nichts weiter, als die wörtliche Reproduktion der Adressen, welche vor 50 Jahren dem ersten Napoleon eingebracht wurden, als er jene Flotte ausrückte, die England nie erreichen sollte. Aber wissen Sie, es ist, den Obersten den Kopf zurecht zu setzen? Sicherlich nicht unsere. Es kann uns gleichgültig sein, ob wir als Vanditen oder Carbonari oder als noch etwas Schlimmeres geschildert werden. Wenn es den französischen Dichtern gefällt, unsere Insel mit Cyclophen und Lästhygonen, Schyrenen und Circen zu bevölkern, so können wir nichts dagegen haben, wenn sich die Phantasie auf diese Weise mit unseren Lippen beschäftigt. Die Erfahrung zeigt, daß nichts schwerer für eine Nation ist, als irgend eine volksthümliche Vorstellung los zu werden. Wozu die Zeit vermag dies. Noch vor fünfzig Jahren glaubte man in England, jeder Franzose sei ein schmachthafte Männchen mit kaum einem Loth Fleisch auf den Knochen, der in der Regel nichts weiter esse, als dünne Suppe und Froschschenkel. Als der Krieg vorüber war, ging John Bull nach Frankreich und sah dort mit eigenen Augen Geschöpfe, die ihm selbst gar nicht so besonders unähnlich waren; es kam ihm sogar vor, als seien sie etwas wohlbeleibter, als er selbst. Auch hatten sie ganz vernünftige Begriffe von Essen und Trinken. Gehen Sie können unsere französischen Nachbarn etwas lernen; allein es ist nicht unsere Sache, sie zu lehren, was wir in Wirklichkeit sind. Alles, was wir Engländer den Franzosen wünschen, ist, daß sie eine Regierung ihrer eigenen Wahl haben mögen, und daß diese Regierung eine gute, d. h. eine starke und weise sein möge. Die Franzosen haben ihre Wahl getroffen. Sie haben einen Herrscher, der, nach dem Erfolge zu urtheilen, ihre Wohlfahrt im Inlande und ihr Ansehen im Auslande gefördert, ihre Hauptstadt zu neuer Schönheit umgeschaffen und ihre Einkünfte vermehrt hat. Uns ist er ein guter und treuer Bundesgenosse gewesen. Wir können keinen anderen Wunsch hegen, als den, daß er und seine Kindeslinder in Frankreich regieren mögen, so lange sie mit gleichem Erfolge regieren. Man hätte denken sollen, es wäre das Interesse derer gewesen, welche seinen Thron umstehen und welche selbst in früheren Tagen die Launen des Schicksals empfunden haben, die englische Volksstimmung in Frankreich wahr und günstig darzustellen. Man hätte denken sollen, ihr Interesse hätte es erheischt, die Verdächtigung, als heftbergerigen wir Mordmörder, die es auf das Leben ihres Herrn abgesehen haben, sofort energisch zurückzuweisen. Selbst wenn diese Herren unsere Polizei für nicht besser halten, als die übrige, so gewinnen sie doch nichts damit, daß sie uns mit Mordern in eine Kategorie stellen. Wenn wir wünschen, daß unsere ehrliche Gesinnung bekannt werde, so ist das eine Sache des Wohlwollens. Wenn die französische Regierung dasselbe wünscht, so ist es eine Sache der Politik, beinahe hätten wir gesagt: der harten Nothwendigkeit.“

[Die englischen Lords.] Die „Times“ enthält eine vollständige Liste der geistlichen und weltlichen Lords, welche in der zweiten Session des 17. Parlaments des vereinigten Königreichs Großbritannien Sitz haben. Es sind ihrer im Ganzen 451. An der Spitze steht der Prinz von Wales; dann folgt der König von Hannover. Die „Times“ weist darauf hin, daß auf den ersten Anblick nichts mehr auffalle, als das vergleichsweise neue Datum, von welchem sich die meisten der auf der Liste befindlichen Titel herschreiben. „Zwar“, sagt die „Times“, datiren der erste Herzog und der erste Earl Englands aus dem 15. Jahrhundert, indem die Herzogswürde der Norfolk im Jahre 1483 und die Earlwürde der Derby im Jahre 1485 gegründet wurde. Wenn nicht der Titel Shrewsbury gegenwärtig ohne Vertreter wäre, so ließe sich die älteste Earlwürde noch um vierzig Jahre höher hinaufführen. Das ist aber auch Alles. Der älteste Marquis und der älteste Viscount datiren von der Mitte des 16. Jahrhunderts; der Marquis von Winchester nämlich von 1551 und Viscount Hereford von 1550. Auf der untersten Stufe der Peers ist etwas mehr Alterthum zu entdecken. 4 Barone, de Ross nämlich, Hastings, Andley und Clinton, reichen bis zum 13. Jahrhundert zurück, aber eine Krönung aus dem 16. Jahrhundert Vaux of Harrowden, ist schon der zwölfte auf der Liste von mehr als 200 Peers, die diesem Range angehören. Noch auffallendere Ergebnisse finden wir, wenn wir die Stellen betrachten, die Titel von sehr neuem Datum einnehmen. So sind 170 Baronien jünger, als die im Jahre 1776 geschaffene des Lord Hawke, und auf Lord Lyndhurst folgen, obgleich er der Erste seines Titels ist, 79 Peers, die später, als er, freit wurden. In der ganzen Liste finden wir mit Ausnahme der Prinzen von königlichem Geblüt nur 118 Peers, deren Titel über die Regierung Georg's III. hinausreichen.“

[Verantwortlichkeit der Eisenbahngesellschaften.] Klagen von Privaleuten gegen Eisenbahnkompagnien wegen verspäteten Eintreffens der Züge sind in England nichts Seltenes, und es fehlt nicht an Beispielen, daß die betreffenden Kompagnien zu Schadenersatz verurtheilt worden sind. Vor Kurzem wurde eine Gesellschaft verklagt, weil einer ihrer Züge um 2 Minuten vor der angegebenen Zeit abgefahren war, wodurch 2 Herren ohne ihr Verschulden zurückblieben. Die Gesellschaft wurde verurtheilt, den geforderten Schadenersatz (2 Guineen) zu leisten.

[Die Ausgaben für die Flotte] betragen im Jahre 1856 bis 57 (soviel sich aus den vorliegenden Ausweisen bis jetzt berechnen läßt) 14,664,513 Pfd.; und da vom Parlamente 16,568,614 Pfd. votirt wurden, bleiben 1,904,100 Pfd. als Bilanz. Ausgegeben wurden: Sold für Matrosen 2,552,053 Pfd.; Viskalien 849,675 Pfd.; Admiralsamt 144,426 Pfd.; Volontäre der Küstenwache 9090 Pfd.; wissenschaftliche Branche 60,155 Pfd.; heimische Flottenetablissemens 155,172 Pfd.; do. im Auslande 30,773 Pfd.; Handwerkerlöhne 1,128,833 Pfd.; do. im Auslande 79,330 Pfd.; Flottenvorräthe, Schiffsbauten u. 3,516,952 Pfd.; neue Werke, Reparaturen in den Werften u. 891,889 Pfd.; Arzneien 136,354 Pfd.; Halbsold 671,891 Pfd.; Pensionen 495,086 Pfd.; Civilpensionen 137,830 Pfd.; Transport und Kriegsgefangene 3,009,181 Pfd.; endlich für den Paketpostdienst 748,956 Pfd.

[Die indische Armee.] Nach einem am 16. Febr. veröffentlichten parlamentarischen Ausweis bestand die indische Armee zur Zeit, wo die Meuterei in Mirat ausbrach, aus folgenden Truppen: In der Präsidenschaft Bengalen an Europäern: 2271 Offiziere, 1602 Sergeanten und 18,815 Gemeine, von denen 1800 in Pegu standen; an Eingeborenen: 2325 Offiziere, 5821 Havildars und 110,517 Gemeine. In Madras an Europäern: 10,194; an Eingeborenen: 49,737. In Bombay an Europäern: 9589; an Eingeborenen: 30,940.

[Zur Eisenbahnstatistik.] Einem neuen parlamentarischen Ausweise nach, waren zu Ende Juni des verflochtenen Jahres auf allen im vereinigten Königreiche befahrenen Eisenbahnen (8942 engl. Meilen) 109,666 Personen angestellt. Bei den im Bau begriffenen Bahnen (3193 Meilen) hatten 44,037 Personen Beschäftigung, so daß zusammen 153,697 Personen vermittelst der Bahnen ihr Brot fanden. Davon kommen 116,634 auf England und Wales, 20,172 auf Schottland und 16,891 auf Irland.

Frankreich.

Paris, 19. Febr. [Eine Pressmaafregel; der Supplementkredit des Ministers des Innern.] Die Regierung denkt daran, der Presse einen neuen Köder hinzuwerfen, der sie um so dienstbarer machen muß. Der neue Minister des Innern beabsichtigt, ein Gesetz an den gesetzgebenden Körper zu bringen, das der Regierung die Ermächtigung gewähren soll, Blättern, die ihr geeignet erscheinen, die sie also auswählen kann, die Ausgabe nicht politischer Beilagen stempelfrei zu gestatten. Für Journale, welche mit einem solchen Privilegium bedacht werden sollten, würde eine neue Ära beginnen; Journale, die sich desselben nicht zu erfreuen hätten, müßten unfehlbar verdrängt werden. — Wie bereits gemeldet, ist eine Vermehrung der geheimen Polizeiausgaben um 1,200,000 Fr. beantragt worden. Diese Kreditbewilligung ist sans phrase gefordert und die Motivierung in drei Zeilen gegeben: „Unter den gegenwärtigen Verhältnissen“, sagt der Minister des Innern, „werden Sie eines Nachweises nicht bedürfen, meine Herren, daß die Mittel zur speziellen Ueberwachung, welche dem Minister des Innern anvertraut ist, sowohl für Frankreich als für das Ausland nothwendig eine Vermehrung erfahren müssen.“ Das ist Alles, und der gesetzgebende Körper wird die Nothwendigkeit ohne Zweifel begreifen und den Nachweis für entbehrlich halten. (B3.)

[Beglückwünschung; der Eid.] Wie der heutige „Moniteur“ meldet, ist dem Kaiser ein das Attentat vom 14. Januar betreffendes Schreiben des Königs von Portugal überreicht worden. — Das amtliche Blatt veröffentlicht ferner den Senatsbeschluß, welcher den Eid der Kandidaten für den gesetzgebenden Körper einführt.

[Tagesnotizen.] Die Apotheker von Lyon haben sich an den Kaiser mit einem Gesuche, das 80 Unterschriften trägt, gewandt, worin sie für ihren Kollegen Emil Mouchon, dessen wissenschaftliche Arbeiten für ihr Fach eine glänzende Anerkennung verdienen, um das Kreuz der Ehrenlegion einkommen, der Einsall ist jedenfalls originell und wird Nachahmung finden. — Aus Lyon meldet der dortige „Courrier“, daß über Marseille eine „unermessliche Menge“ Ackerbauwerkzeuge aller Art nach Algerien gehe, welche für die Ackerbaufolonien bestimmt seien; für die Kolonisation sollen in diesem Jahre bedeutende Anstrengungen gemacht werden, da man den Besuch des Kaisers erwartet. — Alexander Dumas (Vater) macht wieder einmal von sich reden. Derselbe hat in Marseille ein kleines Dampfschiff für 20,000 Fr. gekauft, auf dem er eine große Seereise machen will. Man versichert, er werde bis nach China gehen. Er nimmt mehrere Segler und eine Presse mit, um das, was er unterwegs schreibt, sofort drucken zu lassen. Dies klingt höchst unwahrscheinlich, aber ist doch wirklich die neueste tolle Idee des Verfassers des „Monte Christo“. — In Rouen starb, 103 Jahre alt, der frühere Sänger an der großen Oper zu Paris, Darius, der 1822 mit einem Vermögen von 80,000 Fr. nach seiner Vaterstadt Rouen zurückgezogen, bald darauf durch den Bankrott eines Hauses sein Vermögen eingebüßt, eine kleine Stelle erhalten, diese, bis er 100 Jahre alt war, versehen, und dann ein Unterkommen im Spital erhalten hatte, wo er, wohlgenutht bis an sein Ende, vor einigen Tagen verschied.

[Der Herzog von Montebello.] Der zum Ambassador in Petersburg ernannte Herzog von Montebello, beiläufig bemerkt, einer der reichsten Grundbesitzer Frankreichs, ist der älteste Sohn des Marschalls Lannes, welcher zuerst den Herzogstitel von Montebello führte und an seinen in der Schlacht bei Aspern empfangenen Wunden starb. Jean Nicolas Lannes, der jetzige (zweite) Herzog von Montebello ist am 30. Juli 1801 geboren. Seine Erziehung erhielt der Herzog auf der polytechnischen Schule. Das Bürgerkönigthum, das seine Schwäche für Napoleonische Tradition theuer genug bezahlt hat, sandte den Herzog von Montebello zuerst nach Stockholm, machte ihn 1831 zum Pair von Frankreich, gab ihm 1835 den Gesandtenposten in der Schweiz, der sehr schwierig war, weil er die Ausweisung der politischen Flüchtlinge und später auch die des Prinzen Louis Napoleon Bonaparte (heutes jetzigen Kaisers) durchsetzen sollte. Er spielte aber keine bedeutungsvolle Rolle bei diesem ganzen Verfahren; 1838 sollte er als Gesandter nach Neapel gehen, blieb aber in Paris zurück, weil ihm der neapolitanische Hof den Herzogstitel von Montebello verweigerte und ihn nur Duca Lannes nennen wollte. Vom 1. April bis zum 12. Mai 1839 war der Herzog von Montebello Minister der auswärtigen Angelegenheiten, danach Gesandter zu Rom und endlich Marineminister beim Ausbruch der Februarrevolution. Wie sich von selbst versteht, konnten nicht alle Napoleonischen Sympathien erlösen im Sohne des Marschalls Lannes; dennoch galt

er für einen eingefleischten Orleansisten und wurde als Hauptvertreter der „Partei der Ordnung“ vom Departement der Marine in die Legislatur gewählt. Im Jahre 1851 schloß er sich den Fusionisten an und protegirte die jetzt vernichtete „Assemblée Nationale“ („Spektateur“). Familien-erinnerungen und Familienverbindungen mögen den Sohn des Marschalls Lannes offenbar nach längerem Kampfe bewogen haben, sich endlich dem neuen Kaiserthume anzuschließen. Es war ein Ereigniß, als der Herzog von Montebello im vorigen Jahre zum ersten Male bei einer Kour am Hofe erschien; er fiel besonders dadurch auf, daß er unter all den Uniformen der einzige schwarze Frack mit dem Bande der Ehrenlegion war. Er trug noch die Uniform des Bürgerkönigthums, den schwarzen Frack. Schon damals konnte man voraussehen, daß das Kaiserthum diesen gewiegten Diplomaten nicht lange ohne Beschäftigung lassen werde. Die Brüder des Herzogs von Montebello dienen in der Armee, der Eine ist Ordonnanzkapitän bei dem Kaiser Louis Napoleon. Der Herzog selbst ist mit einer schönen Engländerin (Jenkinson) vermählt, welche ihm sieben Kinder geboren hat, von denen der älteste Sohn bereits Marinekabelt ist; der zweite ist so eben in die Militärschule von Saint-Cyr eingetreten.

[Der Tabaksverbrauch] hat sich in Frankreich so vermehrt, daß die Regierung für das Jahr 1859 für nicht weniger als 18 Millionen Franken inländische und für ebensoviel ausländische Tabake ankaufen wird. Die Regiesfabriken reichen nicht mehr zu, und obwohl alle Cigarren zu 15 und 20 Centimes in Frankreich fabrizirt werden, wurden in der Havannah und an anderen Plätzen für 4½ Mill. Fr. Cigarren angekauft.

[Seiden Spinnerie in Persien.] Der persische Gesandte in Paris hat unter ausdrücklicher Genehmigung seiner Regierung mit dem dortigen Hause Debbeld einen Vertrag abgeschlossen, durch welchen letzterer auf 23 Jahre das ausschließliche Vorrecht der Benugung von Seiden spinnmächinen in Persien erwirbt. Es liegt auf der Hand, daß die Einführung von Spinnmaschinen der schon jetzt beträchtlichen Seidenindustrie Persiens förderlich sein muß. Aber auch der französischen Seidenindustrie, welche 200 Millionen Franken verausgabt, um ihren Bedarf an Rohmaterial zu decken, werden aus dem Debbeld'schen Unternehmen große Vortheile erwachsen.

Strasburg, 19. Febr. [Eisenbahnen und Verkehr.] Am 15. d. wurde die Eisenbahn von Mülhausen nach Belfort dem allgemeinen Verkehr übergeben und nächsten Montag wird die Strecke von Langres nach Besoul eröffnet. Der Verkehr auf den Ostbahnen ist fortwährend sehr belebt. Die Einnahmen während des Monats Januar d. J. erreichten die Summe von 3,800,000 Franken. Die letzte wöchentliche Uebersicht zeigt übrigens, daß der Waarenverkehr mehr als 60 Prozent der Gesamtterträge abwarf. Ueber die Ermäßigung der Kohlen-tarife, namentlich auf der Weissenburger Linie, lassen sich noch immer vielfache Klamationen vernehmen. Wir zweifeln übrigens nicht daran, daß in dieser Beziehung den Forderungen des Handelsstandes demnachst Zugeständnisse gemacht werden. Dadurch hat denn auch der Bau eines Saarkanales, der so sehr befürwortet wird, nicht die Nothwendigkeit, welche man von verschiedenen Seiten durch Wort und Schrift glauben machen möchte. Die Nachrichten aus den Fabrikbezirken bleiben sich gleich. Die Besserung in den Handelsbeziehungen geht sehr langsam vor sich, trotz der erleichterten Diskontobedingungen. In Bismarck hat die Fabrikation zugenommen. Die Bedeutung dieses Plazes wird mit jedem Jahre größer, indem die daselbst fabrizirten Bücher an Ruf gewinnen. Die hiesige Tabaksmanufaktur hat abermals die Zahl ihrer Arbeiter vermehrt, der deutliche Beweis, daß die Konsumtion zunimmt. Die Einfuhr von Tabak ist nicht so beträchtlich, wie man es erwartet hatte. Man hofft dieses Jahr auf eine sehr ergiebige Ernte in Algier. Wie man hört, werden diesen Frühling sehr viele Auswanderungen nach dem französischen Afrika stattfinden. Der Regen während der letzten Tage hat zwar den Wasserstand des Rheins etwas erhöht, allein noch hat die Schifffahrt mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen. Vielfach wird behauptet, daß in der nächsten Zeit Schleppboote den Oberrhein wieder befahren werden. Wir selbst zweifeln daran, denn tritt nicht eine bedeutende Ermäßigung in den Rheinzöllen ein, so würden diese Schiffe schwerlich ihre Rechnung finden. Die Erfahrungen während der jüngsten Jahre haben hinlänglich gezeigt, daß auf dem Oberrhein die Frachtboote kaum ihre Auslagen gewonnen haben. (B3.)

Schweiz.

Bern, 17. Febr. [Die Tessiner Bisthumsfrage; der russische Gesandte.] Vom päpstlichen Geschäftsträger, Mgr. Bovieri, ist eine neue mit Alten belegte Note über die tessinische Bisthumsfrage eingelaufen. — Herr v. Struve, erster Sekretär der russischen Gesandtschaft in Bern, wird nach Verfügung des Fürsten Gortschakoff die durch den Tod des Herrn v. Krüdener eingetretene Lücke in der Eigenschaft eines Geschäftsträgers ausfüllen.

[Duca Litta beraubt.] Duca Litta wurde auf seiner Reise nach Paris auf der Via Mala in der Schweiz, unweit des Bodensees, von einer Räuberbande überfallen und aller seiner Effekten beraubt. Der Duca fuhr mit seiner Gemahlin in einem zweispännigen Wagen. Im Koffeisen befanden sich 5000 Stück Napoleonsd'or und mehrere werthvolle Papiere, so wie auch ein Brillantenarmband der Duchessa.

Italien.

Rom, 12. Febr. [Das Lichtmessen in Rom.] Dieses Fest verursacht dem Papst große Auslagen. Se. Heiligkeit theilt nämlich dabei eine Anzahl von Kerzen, die er eben geweiht hat, an Einheimische und Fremde. Die Karbinale küssen bei dem Empfange der Kerze dem Papste die Hand und das Knie, die Prälaten nur das Knie, alle Uebrigen, Geistliche und Weltliche, den Fuß. Nach Vollendung der kirchlichen Funktion findet im Vatikan eine Feierlichkeit statt, welche im großen Publikum minder bekannt ist. Dort erwartet nämlich eine große Versammlung von Pfarrern und Pastoren den Papst, um zum Zeichen der Huldigung der Kirchen Roms je eine Lichtmessenkerze zu überreichen. Die Kerzen, die dargebracht werden, sind größtentheils 6 Fuß lang, von bedeutendem Umfange, mit dem Wappen Sr. Heiligkeit, mit dem der Kirche und mit andern Emblemen und Verzierungen geschmackvoll bemalt. Im Durchschnitt kostet eine solche Kerze 30 Scudi. Der Papst sitzt bei der Cerimonie auf dem Throne. Zu beiden Seiten stehen Prälaten und Kavaliere der Anticamera. Ein Cerimoniarist ruft den Namen der Kirche oder der Anstalt aus, von welcher die Kerze kommt. Der Darbringende kniet nieder, überreicht einem Prälaten die Kerze, küßt das Kreuz des Pantoffels, erhebt sich, senkt sich zu einer Kniebeugung und zieht sich zurück. Manchmal richtet Se. Heiligkeit nach dem Aufgange der Kerze herab. Die bunten, gewichtigen Kerzen, welche der Papst eben empfing, sind nach wenigen Stunden alle schon wieder verschrenkt, an Monsignori des Hofes, an arme Kirchen und Klöster. Das Beispiel des Papstes und der Basilika St. Peter ahmt jede vermöglichere Kirche Roms nach und theilt

eine Menge von Kerzen, größere an die Geistlichkeit und an Mitglieder der Verwaltungskongregationen, kleine an das Volk, welches die Kirche besucht und nie so zahlreich erscheint, wie am Lichtmessfest.

Turin, 14. Febr. [Neapolitanische Gegennote; Vermischtes.] Die Regierung von Neapel hat jetzt die Note des hiesigen Kabinetts in Betreff des „Cagliari“ beantwortet. Diese Gegennote ist vom 30. Januar datirt und von Herrn Caraffa an den sardinischen Geschäftsträger zu Neapel gerichtet. Weder das Argument des Herrn v. Cavour, daß das Schiff auf dem hohen Meere, fern von der Küste, aufgegriffen, noch den Einwand, daß der Kapitän desselben seines freien Willens nicht mächtig gewesen sei, erkennt die neapolitanische Regierung an; sie behauptet vielmehr, daß das Schiff einen Akt der Piraterie ausgeübt habe, und daß sie daher nach dem Völkerrecht befugt gewesen sei, dasselbe auch auf hohem Meere aufzugreifen. — Wiederholte Beschlagnahme der „Italia del Popolo“ zu Genua und die Verhaftung eines ihrer Geranten beweisen, daß die Regierung ihr Verhältnis zu Frankreich auf freundschaftlichem Fuße erhalten und namentlich keine Kritik dulden will, durch welche der Argwohn des letztern Landes erregt werden könnte. — Wie die „Turiner Opinione“ meldet, siedelten die sardinischen und die englischen Konsuln von Neapel nach Palermo über, um den Gang des Prozesses von Sapri besser verfolgen zu können. Diese Umsiedelung hat in der Stadt große Sensation erregt.

— [Der Winter; Erdbeben.] Laut der „Gazetta di Ferrara“ vom 5. Febr. war der Po seit mehreren Tagen so gefroren, daß Menschen und Zugvieh denselben fortwährend passirten. Seit 1788 stand im Po das Eis nicht so fest. Auch 1775 war derselbe jedoch von einem zum anderen Ufer zugefroren. — In Botenja und anderen Distrikten der neapolitanischen Provinz Basilicata dauern die Erdbeben noch immer fort.

Spanien.

Madrid, 13. Febr. [Das Budget.] Im Kongresse legte heute der Finanzminister die Rechnungen über das Ausgabenbudget für 1857 vor, ferner einen Gesetzentwurf bezüglich des zum Budget von 1857 bewilligten Ergänzungskredits von 84 Millionen und endlich den Budgetentwurf und die Ermächtigung, das Budget in Kraft treten zu lassen. Das Budget zerfällt in ein ordentliches und in ein außerordentliches. Die Gesamtsumme erreicht 1884 Millionen; hiervon kommen 1775 Mill. auf das ordinaire Budget und 200 Mill. auf öffentliche Arbeiten und Nationalgüter. Die stehenden Einkünfte belaufen sich auf 1775 Mill. Die Grundsteuer wurde von 350 auf 400 Mill. erhöht.

— [Eine Depesche] vom 17. Febr. meldet: Den Cortes soll ein Eisenbahnprojekt zur Verbindung Spaniens mit Frankreich vorgelegt werden. — Der Direktor der Kavallerie, Galiano, wurde wieder in seine Funktionen eingesetzt.

Rußland und Polen.

Petersburg, 11. Febr. [Kaiserlicher Jagtclub; Sympathien für Preußen; aus Sibirien.] Im vorigen Monat hat das Statut des kaiserlichen Jagtclubs die allerhöchste Genehmigung erhalten, und dieser verpflichtet hiernach ein wichtiges Mittel zur Hebung der heimischen Schifffahrt zu werden. Jeder volljährige Adlige hat das Recht in denselben einzutreten, und nicht dem Handel dienende, über 10 Tonnen fassende Schiffe in die Register des Clubs einzutragen zu lassen. Er muß jedoch von einer Anzahl Mitglieder vorgeschlagen sein, und sich einem Bällolement unterwerfen. Bei seinem Eintritt zahlt er 250 S. R., dann für jedes Jahr hundert S. R. Die sämtlichen Schiffe des Jagtclubs bilden eine Eskadre, in der zehn der kaiserlichen Familie gehörende Schiffe die ersten Nummern haben; sie stehen unter einem Kommodore, der seit 1852 Fürst Labanoff-Rostowski auf Lebenszeit ist. Die Mitglieder haben eine besondere Uniform und volle Freiheit zu Fahrten auf den Meeren und Flüssen, die in diese münden. In den Häfen sind sie von allen Zollabgaben befreit. Unter die Besatzung können in Friedenszeiten Offiziere und Matrosen aus der Kriegsmarine genommen werden. Die Strafe der Ausstoßung steht auf Mißbrauch dieser Rechte, um Handel oder Schmuggel zu treiben. — Die russische „Akademiezeitung“ widmet Preußen einen bemerkenswerthen Leitartikel, indem sie die hervorragende Stellung anerkennt, welche dieser Staat sich aus eigener Kraft begründet, und ihn als einen vorzüglichen Vertreter der intellektuellen Bildung und jedes Fortschrittes darstellt. Die freundliche und wahrhaft herzliche Sprache dieses Artikels ist ohne Zweifel ein sehr bemerkenswerthes Symptom, wenn man die heutige Lage der europäischen Verhältnisse und namentlich Rußlands neue Stellung zu den übrigen europäischen Großmächten ins Auge faßt. — Aus Sibirien wird berichtet, daß dort ein sehr schneearmer Winter herrscht. Die Kälte war in Nertschinsk auf 25 — 30 Grad gestiegen. An dem Ufer des mittlern Amur werden bei dem Einfluß zweier der größeren Nebenflüsse zwei neue Städte angelegt, zu denen der Plan schon entworfen ist.

Moskau, 4. Febr. [Medizinisch-statist.] Der Bericht des Ministers des Innern über das Jahr 1856 bringt u. A. statistische Angaben über die epidemischen Krankheiten, mit der Vorbemerkung, daß dieselben in diesem Jahre weniger verheerend aufgetreten sind, als in allen früheren Jahren, indem 359,853 Individuen von denselben ergriffen und nur 26,760 fortgerafft worden. Hierher gehören vor allen Dingen 14,744 Cholerafrankt, von denen 6282 gestorben sind, was als der vierte Theil des Verlustes angegeben wird, den die Bevölkerung durch diese Epidemie in allen früheren Jahren erlitten hat. In Petersburg scheint die Cholera ganz einheimisch zu sein, und erst im April hat sie sich von dort her über Nowgorod, Liefland, Witebsk, Rowno und Olonez verbreitet, um zuletzt, entgegen dem früheren Gange der Verbreitung, ihren Weg vom Westen nach dem Osten einzuschlagen. Auch der epidemische Typhus hat nur in den westlichen Statthalterchaften sich verbreitet, wo die Anzahl der davon Ergriffenen sich auf 78,505, und der davon Gestorbenen auf 11,214 beläuft. Dagegen haben die Pocken sich an sehr verschiedenen Orten vertheilt und 1157 Individuen dahingerafft; 1,222,173 jugendlichen Individuen sind Schutzpocken eingimpft worden und 366,281 sind in diesem Jahre noch ohne Impfung geblieben. Große Schwierigkeit scheint die Verführung wirksamer Hymphe über große Länderstrecken zu haben und kann in Sibirien nur im Frühling und im Herbst mit Erfolg unternommen werden. Zur Verführung der Hymphe nach Kamtschatka hat man härene Röhren erfunden, in welchen sie in flüssigem Zustande sich wirksam erhält. Was die Krankenanstalten betrifft, die unter der Verwaltung des Ministers des Innern stehen, so haben im Ganzen 403,630 Individuen, und 70,304 mehr als im vorhergehenden Jahre, in denselben Pflege und Hilfe erhalten, und von diesen sind 340,669 genesen und 39,379 gestorben; die Verausgabung für die städtischen Anstalten beläuft sich auf 2,372,743 Rubel und wird nach den Berichten über den Zustand derselben für ganz unzulänglich erklärt. Noch weniger scheinen die Berichte über die Irrenhäuser dem Minister Befriedigung zu gewähren. In denselben befanden sich 2400 Individuen, und die Verausgabung für dieselben belief sich auf 86,445 Rubel. Sehr

umständlich wird die Nothwendigkeit gezeigt, wenigstens drei große Centralanstalten zu errichten, zu Petersburg, Moskau und Kasan. So scheint das Centralisiren der Behandlungsart auch für die Heilung der Geisteskranken dem Ministerium nothwendig. Endlich wird auch der russischen Heilquellen Erwähnung gethan, und zwar derjenigen außerhalb des Kaukasus; 2755 Personen haben sie besucht, worunter 1003 als Trinkgäste. Am wichtigsten aber ist der Bericht über die Apotheken und Aerzte. Es giebt der ersteren in ganz Rußland nur 762, welche im Jahre 3,428,143 Recepte ausgeführt haben. Nur 7 neue sind eröffnet, und für 11 ist die Eröffnung gestattet worden. Aerzte im Dienste der Regierung sind 1134, im Dienste der Gutsherrscher 166 angegeben, woraus jedoch nur zu schließen ist, daß die Privatpraxis in den Städten in diesem Auszuge aus dem Berichte zu erwähnen vergessen worden ist, wiewohl, auch mit Einschluß dieser, eine Bevölkerung von 70 Millionen, mit einem stehenden Heere wie das russische, immer noch äußerst spärlich mit Aerzten versehen zu sein scheint. (3.)

Dänemark.

Kopenhagen, 16. Febr. [Zur Situation.] Auch „Fhyveposten“ sieht sich heute genöthigt, anzuerkennen, daß der von dem Ausschusse der Bundesversammlung in Betreff der holstein-lauenburgischen Sache erstattete Bericht wegen seiner einfachen, deutlichen Sprache, wegen der Ordnung, Klarheit, Sicherheit und Vollständigkeit, wegen der würdigen Ruhe und des Strebens nach Unparteilichkeit und Objektivität, mit dem derselbe abgefaßt sei, volle Anerkennung verdiene. Man könne, sagt „Fhyveposten“, in dieser Beziehung den Bericht fast als ein Muster hinstellen. Nur eines vermisse man: die richtige Wahl des Standpunktes. Allerdings sei in dem Ausschussberichte sowohl, wie in den Schlussanträgen die Angelegenheit mit großer Korrektheit als eine ausschließlich deutsche behandelt worden; aber es sei eine große Frage, ob der Bundestag ein Recht dazu habe, die Angelegenheit in dieser Weise zu behandeln. Der richtige Standpunkt nämlich, von dem allein aus man die Streitfrage beurtheilen könne, sei ein völkerrechtlicher, ein europäischer, und nicht bloß ein bundesmäßiger, ein deutscher allein. Um das zu beweisen, stellt „Fhyveposten“ weiter die Behauptung auf, daß der König von Dänemark nicht als Bundesglied, sondern als europäischer Souverän sowohl den Krieg geführt, wie den Frieden geschlossen habe, und daß Dänemark erst nach dem 29. Juli 1852 wieder vollständig sein relatives Mitgliedsverhältnis für Holstein-Lauenburg neben seiner europäischen absoluten Stellung eingenommen habe. Der Streit, der jetzt zwischen dem Könige von Dänemark und dem Bunde obwalte, betreffe nun aber die Auslegung eines völkerrechtlich abgeschlossenen europäischen Friedens und seine Inswerksetzung in allen Einzelheiten; der Bund sei also Partei in der Sache und könne in Folge dessen unmöglich Instanz und noch viel weniger gar die höchste Instanz für die definitive Entscheidung der Streitfrage sein. Dasselbe sei vielmehr als völkerrechtliche Frage vollkommen für eine Dazwischenkunft der europäischen Mächte angehan. Schließlich glaubt „Fhyveposten“, das jetzige Kabinet als ein unübersteigliches Hinderniß für die Geltendmachung des völkerrechtlichen Charakters dieser Frage bezeichnen zu müssen. „Können“, fragt das Blatt, „diese Minister, diese Ruinen von einem Ministerium, dieser offizielle Invalide, irgend eine Verhandlung bei den Mächten in Gang bringen? Steht dieses verstümmelte Ministerium nicht wirklich isolirt?“ Seit fast einem Jahre habe dieses Kabinet keinen Minister des Auswärtigen finden können und einem mit der Diplomatie ganz unbekannten Seesoffizier das erledigte Portefeuille übertragen müssen; eben so müsse man einen dänischen Beamten als Minister für Holstein fungieren lassen, und das geschwähigte Gerücht behaupten, daß der Minister des Innern für das Königreich der faktische Minister des Auswärtigen sei.

— [Zur dänischen Finanzwirtschaft.] Die Klagen über die Wirtschaft mit den Gesamtstaatsfinanzen, ein Thema, das bekanntlich in der schleswigschen wie in der holsteinischen Ständeversammlung schon oft genug an der Tagesordnung war, fangen nunmehr auch in Dänemark an laut zu werden. So sprach sich die „Berlinske Tidende“ vor wenigen Tagen in einem Leitartikel mit großer Entschiedenheit gegen die ganze seitherige Finanzwirtschaft aus. Warum sollen, fragte das Blatt, die unglücklichen Finanzkassen der einzelnen Landestheile fortfahren, Zuschüsse zur Gesamtstaatskasse zu leisten, so lange dieselbe noch einen Kassenbehalt von 10 Millionen aufzuweisen hat? Man fordere von den einzelnen Landestheilen immer mehr, als nöthig sei, vermehre dadurch den Kassenbehalt und lasse zu diesem Zwecke in den einzelnen Landestheilen immerfort neue außerordentliche Steuern ausschreiben, ein Verfahren, das in Friedenszeiten unmöglich zu billigen sei. Heute läßt sich nun auch „Dagbladet“ über den Finanzminister und sein Gebahren vernehmen. Herr Andrä hat, wie bekannt, in einem Vortrage dem Reichsrathe die Finanzlage der Monarchie als durchaus zufriedenstellend geschildert. Daraus antwortet nun „Dagbladet“ mit schneidender Schärfe. Es habe, äußert das Blatt, längst außer Zweifel gestanden, daß der Minister in manchen Stücken ein genialer Mann sei; doch habe man bisher nicht gewußt, daß er mit einem großen Quantum Phantasie begabt sei. Der Beweis dafür liege indessen jetzt offen vor. „Se. Excellenz ist nicht bloß ein großer Mathematiker sondern zugleich ein nichtgerade unglücklicher Dichter.“ Er hat in der Reichsrathssitzung vom 2. Febr. die Grundzüge zu einem Epos oder zu einem Romanentwurf in einem ganz neuen Genre vorgelesen, die man passend: „Das hohe Lied von den Gesamtstaatsfinanzen“ nennen könne. Es sei ein ganz neues und sehr lustiges Lied darüber, wie die Gesamtstaatskasse am 31. März 1848 ausgeheert werde, verfaßt dem Reichsrathe zum Troste und zur Beruhigung von Herrn Andrä. Es gehe aber mit dieser Dichtung des Herrn Andrä wie mit Byron oder Dante, die mitunter für einen gewöhnlichen Sterblichen ohne Kommentar nicht zu verstehen seien. Man müsse demnach erst das Erscheinen des Budgets von 1858—1859 abwarten, um aus demselben sich zunächst über manche Punkte Aufklärung zu verschaffen. Aber es sei in der poetisch-finanziellen Darstellung des Herrn Andrä offenbar ein Umstand übersehen worden, der einen wesentlichen Einfluß auf seine ganze poetische Vision üben dürfte. „Der Finanzminister kommt bei seinen Berechnungen zu dem Resultate, daß die Finanzperiode von 1858—60 einen Ueberschuß von 168,000 Thlr. ergeben werde. Aber es ist ein Ding, das er bei dieser Gelegenheit durchaus nicht berührt, das Faktum nämlich, daß das Gleichgewicht zwischen den Ausgaben und den Einnahmen des Gesamtstaats nur zu Wege gebracht wird durch Zuschuß von den einzelnen Landestheilen, und er geht seinerseits offenbar davon aus, daß dieser Zuschuß in der nächsten Finanzperiode wieder in der bisherigen Höhe mit ca. 3½ Mill. per Jahr werde aufgeführt werden. Aber die Frage ist, ob die einzelnen Landestheile diesen großen Zuschuß ferner werden leisten können. Der Finanzminister wird vielleicht antworten, daß diese Frage ihn nichts angehe, denn er sei Finanzminister der Monarchie; indessen sie geht um so mehr die einzelnen Landestheile, das will heißen, den ganzen Staat, die sämtlichen Steuerzahlenden an. Es ist für diese nur ein sehr schlechter Trost, daß die Gesamtstaatskasse auskommt oder gar einen Ueberschuß hat, wenn

die Kassen der einzelnen Landestheile dabei eine Unterbilanz haben und in Folge dessen neue Steuern ausgeschreiben werden müssen. Es kommt uns in unserer Einsicht vor, als ob ein richtiger finanzieller Status nur zu erlangen sei, wenn man sämtliche Einnahmen (gemeinsame und besondere) und sämtliche Ausgaben aufführt, und dann die Bilanz zieht. Alles Uebrige ist Augenverblendung, Illusion oder Dichtung, wie man es nennen will. Können die einzelnen Landestheile noch ferner einen so großen Zuschuß zur Gesamtstaatskasse leisten? Aufrichtig gesagt, wie glauben, nein. Schon in der Staatsrechnung, die mit dem 31. März 1857 abschließt, zeigt sich für das Königreich eine Unterbilanz von ca. 40,000 Thlr., für Schleswig von über 170,000 Thlr. und für Holstein von ca. 55,000 Thlr. Dabei ist in Bezug auf die Unterbilanz für Holstein zu bemerken, daß dieselbe sich ergibt, ungeachtet eine außerordentliche Steuer von 550,000 Thlr. für dies Land ausgeschreiben worden ist, von denen 145,000 Thlr. bereits als Einnahme für das genannte Finanzjahr in Rechnung gebracht sind; in Wirklichkeit hat sich also die Unterbilanz für Holstein auf ca. 200,000 Thlr. belaufen. Nehmen wir nun das Budget für 1857—58 vor, so zeigt sich, daß sich hinsichtlich des Königreichs Einnahmen und Ausgaben noch so eben das Gleichgewicht halten. Aber für Schleswig ist wieder eine Unterbilanz von 200,000 Thlr. da und eine fast eben so große Unterbilanz ergibt sich für Holstein. Im vorigen Finanzjahre ist in Holstein eine außerordentliche Steuer im Betrage von ½ Million und im gegenwärtigen Finanzjahre ist eine eben so große Steuer für Schleswig ausgeschreiben worden. Wozu nur diese außerordentlichen Steuern bei einem Finanzjahre, der als glänzend geschildert wird? Damit die Gesamtstaatskasse beständig einen Kassenbehalt von 6 Millionen und darüber habe, der nicht einmal in statu quo bleiben soll, sondern wenigstens bisher immer noch mehr vergrößert worden ist.“ Auch „Dagbl.“ bestreitet alsdann, gleich der „Berl. Tid.“, nicht bloß die Nothwendigkeit, sondern auch die Zweckmäßigkeit eines solchen Kassenbehalts, da die Anweisungen des Finanzministers immer von den Kassen der einzelnen Landestheile prompt honorirt werden. Es kann sein, sagt „Dagbl.“ weiter, daß diese beständig sich wiederholende außerordentliche Steuerausweisungen, die durchaus nicht immer nöthig, und die jedenfalls mehr eine Folge der unglücklichen Administrationsverhältnisse war, wesentlich dazu beigetragen hat, die Gesamtstaatsverfassung in den Herzogthümern so unpopulär zu machen. Bei einer richtigen Finanzwirtschaft werden diese außerordentlichen Steuerausweisungen größtentheils vermieden werden können. „Aber dann wird sich vielleicht auch zeigen, daß der finanzielle Zustand, wenn er auch nicht gerade schlecht oder gefährdend genannt werden kann, doch vom Finanzminister in seinem schönen Lichtbilde nicht so ganz korrekt aufgefaßt und dargestellt worden ist.“ (3.)

Wien.

— [Amtliche Depeschen über die Operationen gegen Kanton.] Die amtliche „London Gazette“ vom 16. Februar veröffentlicht drei auf die Operationen gegen Kanton bezügliche Depeschen. Die erste derselben, an das Kriegsministerium gerichtet, lautet: „Kanton, 29. Dezember 1857. Mylord! Es gereicht mir zur großen Genugthuung, zu melden, daß die Stadt Kanton heute früh um 9 Uhr gestürmt und genommen wurde, und zwar mit einem unbedeutenden Verluste, als zu erwarten war. Sämmtliche verbündete Truppen, unter denen das beste und herzlichste Ginevernehmen herrscht, legten großen Muth an den Tag. Wir haben den Verlust des Kapitäns Bate von der königl. Flotte, so wie den des Lieutenant Gascett vom 59. Regiment zu beklagen. Lieutenant Bowen vom selben Regiment ward schwer verwundet. Alles ist noch in Verwirrung, und die Post geht ab. Ich muß deshalb ausführlichere Mittheilungen bis auf die nächste Gelegenheit verschieben. G. v. Straubenzee, Generalmajor, Befehlshaber der Truppen in China. Fort Gough wird so eben besetzt.“ — Auf der Admiralität in London sind folgende zwei Depeschen des Kontreadmirals Sir Michael Seymour eingelaufen: „Kanton, 28. Dezember 1857. 1) Sir! Mein Schreiben vom 15. d. Mts. meldete die friedliche Besetzung von Honan Point durch die Truppen der verbündeten Mächte, so wie, daß von den Befehlshabern der verbündeten Mächte an Jesh, den kaiserlichen Oberkommissar, ein Brief gesandt worden sei, in welchem die Forderungen der beiden Regierungen enthalten und ihm 10 Tage Bedenkzeit gegeben waren mit der Erklärung, daß man, wenn nach deren Ablauf jene Forderungen nicht bewilligt wären, zu Zwangsmaßregeln gegen die Stadt Kanton schreiten werde. 2) Die Brigade der königl. Marineinfanterie und der königl. Marineartillerie, so wie ein Theil der Flottenbrigade, ward gleich darauf nach den großen Vorrathshäusern auf Honan gebracht und bequem einquartiert. Die Truppen blieben an Bord der Transportschiffe „Lancashire Witch“ und „Moresoot“ zu Whampoa. Das französische Kontingent blieb an Bord der französischen Schiffe, mit Ausnahme eines kleinen Detachements, das Honan mit uns okkupirte. 3) Am 18. erhielt ich eine Zuschrift des Earl Ugin und des Baron Gros, in welcher mir mitgetheilt wurde, daß die Antwort des Oberkommissars eingetroffen sei, und daß dieselbe höchst unbefriedigend laute. Die Oberbefehlshaber der Flotten und der Landtruppen wurden zu einer Konferenz an Bord der „Audacieuse“ eingeladen, um in Erwägung zu ziehen, welche weitere Schritte zu thun seien in Folge des Entschlusses Jesh's, die sehr gemäßigten Forderungen der beiden Regierungen nicht zu bewilligen. 4) Die Konferenz fand am 21. d. M. statt. Es ward beschloffen, daß die Bevollmächtigten Se. Excellenz den kais. Oberkommissar davon in Kenntniß setzen sollten, daß in Folge des abschlägigen Bescheides, den er auf die ihn gestellten Forderungen ertheilt, die weitere Erledigung der Frage den Flotten- und Militärbehörden übertragen worden sei, daß wir einen diese Thatfache enthaltenden Brief an Se. Excellenz richten und in demselben zugleich anzeigen sollten, falls die Stadt und binnen 48 Stunden friedlich übergeben werde, solle Leben und Eigenthum gesichert werden; würden die Bedingungen jedoch nicht angenommen, so werde ein Angriff auf die Stadt erfolgen. 5) Da alle unsere Anstrengungen, die Uebel des Krieges von den Chinesen abzuwenden, an der Hartnäckigkeit, welche das Benehmen des kais. Kommissars vom 21. Oktober 1856 an auszeichnete, gescheitert waren, so blieb den Befehlshabern der verbündeten Streitkräfte nichts Anderes übrig, als sich an den kais. Kommissar zu wenden und den peinlichen Entschluß, Kanton anzugreifen, zur Ausführung zu bringen. Heute früh, bei Tagesanbruch, ward der Anfang damit gemacht. Der Abgang des Packetboots wird mich verhindern, weitere Berichte zu erstatten. Ich stehe jetzt auf dem Punkte, mich zu den Truppen zu begeben, welche sich zu Kuper's Island aufschiffen, um die Mauern der Stadt zu erstürmen. 6) Ich lege die Abschrift zweier Generalbefehle vom 26. d. M. bei, so wie von Denkschriften, welche General von Straubenzee abgefaßt hat und welche die zum Angriff nöthigen Anstalten enthalten. Dieselben werden Ew. Herrlichkeit vollständig von unserem Plane in Kenntniß setzen. 7) Es gereicht mir zur Freude, melden zu können, daß zwischen den Oberbefehlshabern der verbündeten Streitkräfte die vollkommenste Eintracht herrscht.“ (Fortsetzung in der Beilage.)

M. Seymour." Hauptquartier, 29. Dezember 1857. 1) Mein Herr! Mit den Gefühlen der höchsten Befriedigung habe ich die Ehre, den Lord-Kommissaren der Admiralität zu melden, daß die Stadt Kanton heute früh von den See- und Landtruppen unter dem Befehl des Kontreadmirals Rigault de Genouilly, des Generalmajors von Straubenzee und meiner selbst angegriffen und mit Leutern erstürmt wurde. Ausführlicheres werde ich mit dem nächsten Paketboot berichten. 2) Unsere große Freude über diesen raschen Erfolg ward durch einen großen Unfall getrübt, nämlich durch den Tod des Kapitäns William Thornton Bate, von Ihrer Majestät Schiff „Acton“. Er ward durch eine Kugel getödtet, während er eine Rekognoszierung vornahm, um eine passende Stelle zum Anlegen der Sturmleiter aufzufinden. 3) Dieses beklagenswerthe Ereigniß hat allgemeine Trauer verursacht, indem Kapitän Bate nicht weniger wegen seiner vielen Tugenden geliebt, als wegen seiner seemännischen Tüchtigkeit geschätzt und bewundert war. Durch seinen Tod hat Ihre Majestät einen sehr talentvollen, eifrigen und getreuen Diener verloren. 4) Wir haben noch den Tod eines anderen Offiziers zu beklagen, den des Lieutenant's Hackett nämlich vom 59. Regiment, der kurz nach der Landung von einer Schaar chinesischer Soldaten ermordet wurde. 5) Ich habe nur von zwei Offizieren gehört, welche verwundet wurden. Es sind dies der Lieutenant Lord Gifford vom Schiffe „Kalkutta“ (schwer verwundet; eine Kugel zer splitterte ihm den Arm) und Herr Thompson, Midshipman auf dem „Sanspareil“ (schwer verwundet durch eine Kugel). Ich bin nebst meinen tapferen Kollegen eifrig beschäftigt, unsere Position zu sichern. M. Seymour."

— [Krieg mit Rußland?] Die „Peking'sche Zeitung“ vom 17. November vorigen Jahres enthält den Bericht eines in Kien kommandierenden Obersten Linhing, aus dem hervorgeht, daß, nach der Ansicht des Berichterstatters wenigstens, sich China auch im Kriege mit Rußland befindet. Oberst Linhing sagt nämlich, daß er von dem Kaiser den Befehl erhalten habe, 10,000 Gatties Schießpulver anfertigen zu lassen, das gebraucht werde solle, um „das Gebiet am Hilung-Kiang (d. h. am Amurfluß) gegen die Eingriffe der russischen Barbaren zu schützen“. Er hat zu dem Ende sechs Pulvermühen in Bewegung gesetzt und bittet, außerdem noch zwei andere einzurichten zu dürfen, wofür er und die ihm Untergebenen bereits die erforderlichen Kosten zusammengebracht hätten. Von der Verteidigung des Amurdistrikts gegen die „russischen Barbaren“ ist dreimal in dem kurzen Bericht die Rede.

Cochinchina. [Die Hauptstadt von Cochinchina.] Der Pariser „Moniteur“ enthält eine Beschreibung der Hauptstadt Cochinchina's, Hué-fo, ihrer Zugänge von der Seeseite, ihrer nach dem Bauanischen System von französischen Ingenieuren aufgeführten Mäße zc. so daß es fast aussieht, als sei alles dies in Paris bereits zum Behufe eines nahe bevorstehenden Angriffes genau studirt worden. Die innere Stadt ist eine große viereckige Festung von 2 Stunden Durchmesser mit den Palästen des Kaisers, der höchsten Würdenträger zc. Das Regiment wird als sehr elend und die Habacht der Mandarin als unerträglich geschildert. Die Stadtbevölkerung ist daher arm und die Straßen sind öde. Schließlich wird folgender Ausdruck eines Missionärs bei dem Anblicke der vom Gras überwucherten Plätze zitiert: „Der Mensch fürchtet, sich hier niederzulassen. Und in der That, wenn man das Verfahren der höchsten Behörden in Cochinchina nur einigermaßen kennt, so begreift man leicht, daß die Unterthanen sich hübsch entfernt vom Souverän halten. An den Orten, wo Büsch und Wolf hinkommen, wagen es noch Hasen und Kaninchen, Gras zu weiden; aber unerhört ist es, daß sie ihr Lager in der Höhle des Tigers aufschlagen.“ Hiermit deutet denn der „Moniteur“ die Nothwendigkeit an, die Civilisation in dies Land zu tragen.

Amerika.

New-Orleans, 25. Jan. [Neueste Nachrichten über den Bürgerkrieg in Mexiko.] Der Dampfer „Tennessee“, der am 21. d. von Vera-Cruz abfuhr, traf heute hier ein und bringt Berichte aus Mexiko, denen zufolge sich das Land in der vollständigsten Anarchie befindet. Fast alle Postwagen zwischen Vera-Cruz und der Hauptstadt wurden geplündert; beinahe jeder Staat, und jede Stadt hat bereits ihre Proklamation gegen Comonfort erlassen, und die Stadt Mexiko befand sich im förmlichen Belagerungszustande. Am 11. hatte sich auch die Brigade Zuloaga, welche Comonfort zuerst als Diktator proklamierte, gegen denselben erklärt. Derselbe hält die Citadellen und Barracken von St. Augustin und St. Domingo besetzt, und hat Comonfort den Eingang in dieselben verwehrt. Comonfort's Palast ist von etwa tausend Mann, mit Artillerie versehen, vertheidigt. General Zuloaga wurde verhaftet, aber auf Ehrenwort wieder entlassen. Ein Theil seiner Brigade soll damit umgehen, ihn zum Präsidenten zu proklamiren, während ein anderer Theil Santa Anna's Ansprüche anerkennt. Comonfort's Truppen sollen am 15. d. einen Angriff auf die St. Augustiner-Kaserne gemacht haben, aber zurückgeschlagen worden sein. In der Hauptstadt haben bereits alle Ausländer die Flaggen ihrer Regierung aufgezogen und die größte Verwirrung soll dort herrschen.

Mexiko, 18. Jan. [Der Bürgerkrieg.] Nachdem der Plan von Tacubaya von der Mehrzahl der Staaten verworfen, und von den zum Theil für Santa Anna gewonnenen Truppen die Fahne des Aufstandes erhoben worden ist, hat Comonfort sich von Neuem an die Spitze der liberalen Partei gestellt, die Regierung in der verfassungsmäßig vorgeschriebenen Weise einzuweisen an den Präsidenten des Obergerichtes abgetreten und persönlich den Oberbefehl der Regierungstruppen übernommen. Wiewohl diese durch einberufene Korps von Nationalgarde beträchtlich verstärkt worden sind, so befinden sich doch auf Seiten der Pronunciados eine verhältnismäßig größere Zahl wirklicher und geübter Truppen. Der Palast, die Citadelle, die Kirchen und größeren Gebäude sind von den streitenden Parteien besetzt, in den Straßen Kanonen aufgeführt und Verschärfungen aufgeworfen. Inzwischen ist gestern ein 48stündiger Waffenstillstand abgeschlossen und den fremden Gesandten und Konsuln davon Anzeige gemacht worden. Der Ausgang der Sache wird davon abhängen, ob die Provinzen die Regierung Comonfort's aufrecht erhalten. An einzelnen Punkten sind (vor Abschluß des Waffenstillstandes) vereinzelte Schiffe gefallen. Von einem Bombardement der Stadt aber war gar keine Rede. (P. G.)

— [Verbreitung der Mormonen.] Folgende statistische Angaben über die Mormonen sind amtlichen Aktenstücken der amerikanischen Regierung entlehnt: Die Mormonen haben in Europa ungefähr 95 Missionare und eben so viele in Asien, Afrika und den Inseln des Stillen Weltmeeres, abgesehen von einer großen Anzahl eingeborener „Älteren“, die auf dem amerikanischen Festlande zerstreut das Feld ihres Glaubens bearbeiten. In der Stadt am großen Salzsee besitzen sie nur ein Wochenblatt, das an 4000 Exemplare abgeht; ein anderes in Liverpool mit wöchentlich 22,000 Exemplaren, ferner Blätter in Swansea (Schottland), in Kopenhagen, Australien, Indien und ein französisches Blatt in der Schweiz. Das Mormonenbuch ist bis jetzt in walisischer, dänischer, fran-

zösischer, deutscher und italienischer Sprache veröffentlicht worden. Die Zahl der in aller Welt zerstreuten Mormonen wird von diesen selbst auf 480,000 veranschlagt.

Washington, 29. Jan. [Verhandlung über Armeevermehrung; Fest des britischen Gesandten.] Aus dem zwecklosen Hin- und Herreden der Senatoren und Repräsentanten über Kansas, Mormonen und Brigham Young, Centralamerika, Paulding und Walker haben wir nur Einiges aus der Debatte heraus, zu welcher die noch nicht beendigte Verathung der Bill für die Armeeverbesserung am 26. Anlaß gab. Herr Tombs sagte: Nach den gegenwärtigen Gegebenheiten könne die Armee bis auf 18,000 Mann gebracht werden, nach den Bestimmungen vorliegender Bill würde dieses Maximum auf 25,000 steigen, und dies sei für Friedenszeiten zu viel. Der Mormonenkrieg sei noch kein Faktum, da der Kongreß den Mormonen noch keinen Krieg erklärt habe. Wollte man die Rekrutierungen für den Utah-Feldzug beschließen, dann stiele er das Amendement, dieselben nur auf die Dauer dieser Expedition anzuwenden, wie man es im mexikanischen Kriege gethan habe. Young's Macht werde übertrieben. Derselbe Lärm sei schon einige Male wegen der Indianerunruhen erhoben worden, und als die bewilligten Regimenter rekrutirt waren, sei der Friede bereits hergestellt gewesen, die Regimenter blieben aber dem Lande auf dem Halbe. Herr Hale beschwerte sich über die großen Kosten der Armee mitten im Frieden; es seien im letzten Jahre 19 Millionen für Militärzwecke ausgegeben worden, was mit einem Defizit von 7 Millionen eine Summe von 26 Millionen ausmache; mitten im Kriege mit Großbritannien habe die Armee jährlich nie über 21 Millionen gekostet. Jeder einzelne Soldat koste der Regierung jährlich tausend Dollars, somit würde der Union aus der projektirten Armeevergrößerung eine jährliche Mehrausgabe von 12 Millionen Dollars erwachsen. An eine spätere Rekrutierung sei nicht zu denken. Er vermuthete, der Präsident wolle diese neue Streitmacht zur Einführung „vollkommener Freiheit und Volkssouveränität in Kansas“ verwenden. — Am 26. d. Mts. wurde ein Fest veranstaltet, das an glänzender Pracht Alles übertraf, was man bis jetzt noch an dem republikanischen Hofe gesehen hat, selbst die neuliche Soirée der Frau Douglas mit ihren zweitausend Gästen nicht ausgenommen. Der britische Gesandte gab nämlich zur Feier der Vermählung der Prinzessin Royal mit dem Prinzen Friedrich Wilhelm einen Ball, zu dem er fünfhundert aus der vornehmsten Gesellschaft auswählte Personen eingeladen hatte. Das ganze diplomatische Korps erschien im Hofgalaostium und eine Anzahl von Arme- und Flottenoffizieren mit General Scott an der Spitze in Paradeuniform. Die Damentouletten waren die prächtigsten, welche sich in dieser Saison gezeigt hatten.

Vom Landtage.

Haus der Abgeordneten.

Wir haben in Nr. 44 über die Verhandlungen des Abgeordnetenhauses über die Suspension der Wucherer in der Sitzung vom 19. d. kurz berichtet. Bei der Wichtigkeit der Frage geben wir in Nachfolgendem eine ausführlichere Mittheilung nach den Veröffentlichungen der „Zeit“.

Die Kommission empfiehlt, wie früher mitgeteilt, die nachträgliche Genehmigung der Verordnung, so wie sie in einem zweiten Bericht auch die Annahme der vom Herrenhause beschlossenen Resolution beantragt. Abg. Nathusius beantragt in einem Amendement der Resolution des Herrenhauses, das Wort „definitiv“ wieder hinzuzufügen, da die wesentliche Bedeutung der Resolution von der beschlossenen Befugnis dieses Wortes abhängig sei. Vor Eröffnung der Debatte rechtfertigt der Referent Wagner-Reufeltin seine eigene Stellung zu der Frage, indem er darauf hinweist, daß ihm die Ehre der Berichterstattung übertragen sei, obwohl er gegen die Genehmigung der Verordnung gestimmt habe und auch heute stimmen werde. Ihm erscheine der Widerspruch zwischen der Genehmigung und der von der Kommission vorgeschlagenen Resolution ein völlig unlösbarer zu sein und halte er es für eine bedauerliche Verwirrung des Rechtsbewußtseins, wenn man heute eine Handlung bestraft, die man bald darauf in einer großen Noth als alleinige Hilfe vor schlägt. Der Referent vertheidigt demnach die Beibehaltung der Wucherer, indem er die Geldverhältnisse Englands und Amerikas näher beleuchtet und besonderes Gewicht darauf legt, wie gerade von diesen Ländern her die Krise über Deutschland hereingebrochen sei. Der erste Redner ist der Abg. Diergardt, der in einem wenig zu verheißenden Vortrage der Regierung zunächst seinen Dank für den Erlass der Verordnung sagt und darauf auseinandersetzt, daß er, da er für definitive Aufhebung der Wucherer sei, gegen die Resolutionen stimmen werde. Abg. Berger giebt der Verordnung gleichfalls seine Zustimmung, kann aber nur für die vom Abg. Nathusius beantragte Resolution stimmen, da das Wort „definitiv“ eigentlich den Kern derselben bilde. Der Redner geht demnach auf die Frage wegen definitiver Aufhebung der Wucherer näher ein, erklärt sich gegen dieselbe und schildert durch einige Beispiele die traurigen Folgen des Wuchers besonders für die Familie. Er macht auf die bedeutende Höhe aufmerksam, welche die Zinsen bereits erreicht hätten, und weist nach, wie dadurch eine Schuld sich in 10 Jahren fast verdreifache. Er schließt mit der Bitte an die Staatsregierung, eine Untersuchung eintreten zu lassen, ob nicht den jetzigen Verhältnissen angemessen eine Erhöhung des Zinsfußes einzutreten habe.

Abg. Wenzel: Die Genehmigung der Verordnung sei wohl keinem Zweifel unterworfen; auch er werde für dieselbe stimmen, denn ein Gegenbeschluß würde von keinem praktischen Resultate sein, da man vor einer fast vollendeten Thatfache stehe. Allein nicht die Genehmigung selbst sei von hoher Wichtigkeit, sondern die Frage wegen der Zukunft; dies habe die Kommission, habe der Referent eingesehen, der, was im Hause bisher noch nicht dagewesen, seine Stellung als Referent benutzt habe, um vor Eröffnung der Debatte eine Rede als Abgeordneter zu halten. Der provisorischen Verordnung stehen viel erheblicher Bedenken, als der definitiven Aufhebung entgegen. Der der Regierung von einigen Seiten gemachte Vorwurf, weil sie nicht gleich auf definitive Aufhebung der Wucherer eingetreten, sei unbegründet, da seiner Ueberzeugung nach der Zeitpunkt ruhiger Geldverhältnisse derjenige sei, wo man damit vorgehen könne. Die Aufhebung würde allerdings für den Augenblick eine Erhöhung des Zinsfußes zur Folge haben, allein er sei auch der Ueberzeugung, daß die Macht der Verhältnisse den Zinsfuß jeder Zeit nach Maßgabe des Bedürfnisses regeln werde. Die Erhöhung des Zinsfußes würde also nur vorübergehend sein. Er halte deshalb die Aufhebung der Wucherer für etwas Wünschenswerthes und Nothwendiges, die, wenn auch noch jetzt nicht, später doch eintreten müsse. Für die Aufhebung stimme er, weil er den theoretischen Satz für richtig anerkenne, daß der Preis aller Werthe sich nach dem Bedürfnisse, nach Angebot und Nachfrage regelt, und daß dieser Satz auch auf Darlehen und Kapitalien angewendet werden müsse. In Diefreid sei die allgemeine Stimme für die Aufhebung, und in Frankreich beschäufte man sich, wie aus den öffentlichen Blättern zu ersehen, gegenwärtig mit dieser Frage. Man habe bisher auch auf die ungeheure Menge von Werthpapieren nicht genügend Rücksicht genommen, wodurch auch dem Kapital der Weg eröffnet sei, höhere Zinsen zu erzielen als 5 Prozent, und es wäre doch vorzuziehen, wenn man auch Anderen, die Geld brauchen, nämlich dem Grundbesitzer und dem Gewerbetreibenden, Gelegenheit gäbe, Geld zu erhalten zu höheren Zinsen, und man möge nur bedenken, was aus Preußen werden solle, wenn rings herum Länder seien, die keine Zinsbeschränkungen haben; werden die Kapitalien nicht aus dem Lande wandern? Dies dürfte doch in Betrachtung zu ziehen sein, und es wäre ein Unglück für Preußen, wenn man zu spät erst zu der Einsicht gelangte. Sei erst die Gewohnheit eingetreten, daß das Kapital einer gewissen Seite zugewendet werde, so sei es sehr schwer, es wieder zurückzuleiten. Ein weiterer Grund für die Aufhebung sei der, daß die Gesetze illusorisch sein und bleiben werden. Daß die Gesetze umgangen werden können, sei für ihn noch nicht Grund genug, wohl aber, wenn das, was auf der einen Seite verboten ist, auf der andern Seite leicht erlangt werden kann und sich des civilrichterlichen Schutzes erfreue. So sei es mit dem Wucher. Dieser sei strafbar, der Ankauf von Forderungen zu geringerem Preise aber erlaubt. Es seien nun in der Kommis-

sion verschiedene Ansichten herorgetreten. Die Einen verlangen, der Staat solle den soliden Verdienst bestimmen, eine Aufgabe, die für den Staat eine völlig unausführbare sei; Andere treten der Aufhebung der Wucherer entgegen mit Rücksicht auf die Beamten, Geistlichen u. s. w., damit diesen die Beschaffung von Darlehen nicht erschwert werde. Es könne doch aber niemals der Beruf des Staates sein, für einzelne Klassen der Beamten besondere Spezialgesetze zu geben, die dem allgemeinen Leben entgegenstünden. Endlich wolle man einzelne Berufsklassen privilegiren, und dies erachte er als ein großes Unglück für den Staat. Wenn eine Spezies der kleinen Herren, wie dies durch ihr Organ kundgegeben worden, bemächtigt ist, zu ihrem Schutze die Wucherer aufrecht zu erhalten, und damit stimme auch der Kampf dieses Organs gegen die Prinzipien der französischen Revolution, zu der auch er, der Redner, sich bekenne, überein. Die Prinzipien der französischen Revolution seien der Grundlag der gleichen Menschenrechte, und der Haß gegen alle Privilegien habe dies zu Scheußlichkeiten geführt, so wisse er darauf hin, daß Vieles in der Welt mißbraucht werde. Der Redner schließt mit der Aufforderung, daß das Haus das Votum mit Ruhe und Unparteilichkeit abgeben möge. (Bravo links.)

Abg. Reichenberger-Mahen tritt nach dem Abg. Wenzel die Tribüne und knüpft einige Reflexionen an dessen Hinweisung auf die politische Seite der Frage. Er beleuchtet den freien Ausbau unserer Verfassung und wendet sich demnach zu den Ereignissen, welche den Erlass der Verordnung wegen Suspension der Zinsbeschränkungen nothwendig gemacht haben. Der von Westen gekommene Stoß sei wohl geeignet gewesen, Mancherlei über den Haufen zu werfen, die Solidität unserer Gewerbetätigkeit zu untergraben. Ich halte es, fährt der Redner fort, deshalb weder für einen Fehler, noch für ein Unrecht von der Staatsregierung, daß sie die Fäden, welche diese Ereignisse herbeigeführt haben, möglichst auf die Schultern des gesammten Landes gelegt hat. Was die Frage wegen der gänzlichen Aufhebung der Wucherer betrifft, so halte ich sie nicht für so gänzlich abgethan, weil die Regierung sie nicht berührt hat; sie muß bei der Regierung jedenfalls eine offene gewesen sein, denn sonst würde dieselbe nicht von allen Behörden und Korporationen Berichte darüber erfordert haben. Ich glaube deshalb, daß es der Stellung dieses Hauses völlig angemessen ist, seine Ansicht über diese Angelegenheit darzulegen und nicht erst den Zeitpunkt abzuwarten, wo die Regierung die Initiative ergreifen wird. Ueber die Verberlichkeit des Wuchers liegen vielfache Thatfachen vor, und dennoch tritt die Gegenwart mit Anträgen und Grünben hervor, die ich erkenne es an, wohl geeignet sind, die innere Ueberzeugung zu erschüttern. Der Standpunkt der Gegner der Gesetze ist ein einfacher. Sie sagen, das Kapital sei einer der Hauptfaktoren der Vermögenserzeugung, eben so wie das Gewerbe; sie verlangen deshalb, daß die Geißel des Wuchers abgeseht werde, damit das Kapital frei schalten und walten könne. Ich stelle mich bei meiner Auffassung hinter die Er-fahrung, die bei dergleichen Angelegenheiten nie verlegt werden darf, und diese ist mir mehr werth, als das in neuerer Zeit so schnell aufgefackerte Bild, durch welches nur Verwirrung und Irrthümer herbeigerufen werden können. Man hat allerdings in verschiedenen Ländern die Wucherer aufgehoben, allein der Wucher hat sich daselbst auch auf die schrecklichste Weise hervorgethan, so daß man sich sehr bald gezwungen sah, die Gesetze wieder einzuführen, wie dies z. B. in Norwegen der Fall war. Es wird uns immer gelagt, und auch der Vorredner hat es behauptet, daß mit der Aufhebung der Wucherer auch der Wucher selbst aufhören werde. Ich kann nicht begreifen, wie diese Behauptung einigen Halt haben kann. Meint man damit nur, daß, wenn die Gesetze aufgehoben sind, auch die Strafbarkeit des Wuchers aufhöre, so bin ich vollkommen damit einverstanden; will man aber behaupten, daß der Wucher selbst aufhören werde, so verweise ich nur auf die vorhandenen Beispiele, von denen Norwegen das eklanteste sein dürfte. Man verweist uns auf Amerika und England, vergist aber dabei, daß in Amerika gar keine allgemeinen Gesetze existiren, da jeder einzelne Staat daselbst seine Gesetze hat. Der Amerikaner steht auf sich selbst, er steht auf seinem Revolver (Hinterkeit). Trotzdem aber muß ich wiederum darauf verweisen, daß von Amerika aus die Bankerottkrise über uns hereingebrochen ist. Etwas mehr Gewicht hätte die Berufung auf England, wenn man sie vom englischen Standpunkt betrachtet, weil daselbst das Kapitalvermögen ein so unglaubliches ist. Für uns und zu unserer Beruhigung bedarf es indessen doch noch anderer Autoritäten, bei uns kommt Landwirtschaft, Dekonomie u. s. w. in Betracht. Der Grundbesitz in England scheint allerdings nicht Kapitalien genug zu besitzen, weshalb sich die englische Regierung vor einigen Jahren ja genöthigt gesehen, beim Parlamente zwei Anleihen, jede zu acht Millionen Pfund, zu fordern, nicht für sich, sondern um sie den größeren Grundbesitzern zu überlassen, damit diese im Glaube waren, ihre Drainirungsarbeiten zc. fortsetzen lassen zu können. Durch die Aufhebung der Wucherer würde das Geld, namentlich in den unteren Klassen, außerordentlich groß, und dies scheint mir denn doch auch einiger Beachtung werth zu sein. Leicht möglich, daß dann einmal von entgegengesetzter Seite die Anforderung gestellt würde, den Zins für Kapitalien völlig aufzuheben, eine Forderung, für die sich eben so erhebliche Gründe würden geltend machen lassen können. (Bravo.) Wenn mir der Einwand gemacht wird, daß man die freie, unbefchränkte Benutzung des Eigenthums verlange, so erkenne ich denselben allerdings vollkommen an, meine aber doch, daß hinsichtlich des Geldes hiervon eine Ausnahme gemacht werden muß. In gewisser Beziehung ist Geld eine Waare, sie wird aber zu einer gefährlichen Macht, wenn die Hälfte der Regierung nicht eintritt und den Zins regelt. Wenn der Vorredner sagt, daß er das Gesetz aufgehoben wissen will, weil man das, was dasselbe verpönt, dennoch auf legalem Wege erlangen kann, so frage ich ihn, ob es nicht mehr derartige Gesetze giebt und ob er diese nicht alle aufheben will? Auch ich will den Fortschritt, auch ich will das Wort „vorwärts“, aber nicht mit verbundenen Augen. Ich glaube fest, daß unser Volk jede Freiheit verdient, nur nicht die Freiheit des Zinsfußes, und deshalb bitte ich um Annahme der Resolution. (Lebhaftes Bravo.) Die vom Abg. Reichenberger vorgeschlagene Resolution lautet: „Das Haus erklärt, daß aus der Annahme der Verordnung nicht abgeleitet werden kann, als wäre damit die Beurtheilung der erheblichen Bedenken präjudizirt, welche einer definitiven Aufhebung der Zinsbeschränkungen entgegenstehen.“ Hiermit wird die Debatte auf morgen vertagt.

Berlin, 21. Febr. Im Abgeordnetenhause wurde in der gestrigen Sonnabendssitzung (die ausführlicheren Verhandlungen werden wir morgen geben. D. R.) die Verathung über die Gesetvorlage, die Suspension der Beschränkungen der vertragsmäßigen Zinsen betreffend, fortgesetzt. Wie Tags zuvor, so hatte sich auch zu dieser Plenarsitzung auf der Zuhörtribüne ein zahlreiches Publikum eingefunden, das, meist aus Geldmännern bestehend, der Verhandlung mit gespannter Aufmerksamkeit folgte und eine ganz besondere Theilnahme den Rednern zuwandte, die sich für eine gänzliche Aufhebung der Wucherer vernehmen ließen. Derselben redeten nachdrücklich das Wort Abg. Stadtrath Behrend aus Danzig, Abg. Kreisgerichtsrath Berndt, Hartort zc.; gegen dieselbe sprachen Osterrath, v. Wedell, v. Gerlach zc. Die Redner, welche die Resolution angenommen wissen wollten, erklärten ausdrücklich, daß sie nicht im Interesse der großen Grundbesitzer, sondern im Interesse der Kleineren und der Armen im Lande das Wort ergreifen hätten, und Osterrath wies nach, daß auch nach dem kanonischen Rechte der Wucher keine erlaubte Handlung sei. Hierauf wurde ein Antrag auf Schluß der allgemeinen Diskussion gestellt, aber abgelehnt und soll nun morgen Mittag in derselben noch fortgeführt werden. Die Tribüne des Herrenhauses ist während dieser Verathung immer sehr stark besetzt gewesen und namentlich war der so überaus reiche Grundbesitzer, Kammerherr Graf Fürstenberg-Stammheim, zugegen, der täglich mehr an Zinsen einnimmt, als mancher Rath Gehalt bezieht. Die Verhandlung über die Wucherer glaubt man jetzt in höchstens zwei Plenarsitzungen zu Ende zu führen. Der Schluß der Session wird erst Ende April erwartet.

Lokales und Provinzielles.

S. Posen, 22. Febr. [Frau Jenny Lind-Goldschmidt] wird auf ihrem letzten künstlerischen Ausfluge in Deutschland, da sie im nächsten Frühjahr für immer nach England überfiedelt, auch unserm Posen noch — zum ersten Male — den hohen Genuß bereiten, ihre



Königliche Ostbahn.

Bekanntmachung.

Vom 1. März d. J. ab tritt unter Aufhebung des gegenwärtigen Fahrplans der Lokal-Personenzüge und der Güterzüge folgender neuer Fahrplan für die Lokal-Personenbeförderung auf der Ostbahn in Anwendung:

A. Haupt-Kours.

Richtung Berlin — Königsberg.				Richtung Königsberg — Berlin.					
	Güterzug	mit Personen-	Personen-		Güterzug	mit Personen-	Personen-		
		beförde-	zug			beförde-	zug		
	Nr. V.	zug	Nr. VII.		Nr. VI.	zug	Nr. X.		
	Ubr. Min.		Ubr. Min.		Ubr. Min.		Ubr. Min.		
Vormittags				Vormittags					
Frankfurt, Abfahrt	11	54	5	32	Königsberg, Abfahrt	—	8	3	
Rüßrin, Abfahrt	1	51	6	25	Elbing, Abfahrt	4	50	—	
Landsberg, Abfahrt	3	44	7	40	Dirschau, Abfahrt	10	2	—	
Kreuz, Abfahrt	4	14	—	—	Bromberg, Abfahrt	6	18	—	
Kreuz, Ankunft	7	36	—	—	Schneidemühl, Abfahrt	10	17	—	
Ueberrichtung.				Ueberrichtung.					
Morgens				Morgens					
Abfahrt	4	49	—	—	Abfahrt	5	21	—	
Bromberg, Abfahrt	2	23	—	—	Kreuz, Abfahrt	7	58	—	
Dirschau, Abfahrt	9	15	—	—	Vormittags				
Ueberrichtung.				Ueberrichtung.					
Morgens				Morgens					
Abfahrt	8	2	—	—	Güter- und Personen-	Nr. XII.	Nr. VIII.		
Elbing, Abfahrt	10	51	—	—	zug				
Abfahrt	—	—	5	9	Vormittags				
Königsberg, Abfahrt	—	—	8	22	Kreuz, Abfahrt	6	11	—	
Vormittags				Vormittags					
Morgens				Morgens					
Abfahrt	—	—	—	—	Landsberg, Abfahrt	10	15	4	57
Nachmittags				Nachmittags					
Morgens				Morgens					
Abfahrt	—	—	—	—	Rüßrin, Abfahrt	12	34	6	12
Nachmittags				Nachmittags					
Morgens				Morgens					
Abfahrt	—	—	—	—	Frankfurt, Abfahrt	2	11	7	5
Nachmittags				Nachmittags					
Morgens				Morgens					
Abfahrt	—	—	—	—	Nachmittags				
Nachmittags				Nachmittags					
Morgens				Morgens					
Abfahrt	—	—	—	—	Nachmittags				
Nachmittags				Nachmittags					
Morgens				Morgens					
Abfahrt	—	—	—	—	Nachmittags				
Nachmittags				Nachmittags					
Morgens				Morgens					
Abfahrt	—	—	—	—	Nachmittags				
Nachmittags				Nachmittags					
Morgens				Morgens					
Abfahrt	—	—	—	—	Nachmittags				
Nachmittags				Nachmittags					
Morgens				Morgens					
Abfahrt	—	—	—	—	Nachmittags				
Nachmittags				Nachmittags					
Morgens				Morgens					
Abfahrt	—	—	—	—	Nachmittags				
Nachmittags				Nachmittags					
Morgens				Morgens					
Abfahrt	—	—	—	—	Nachmittags				
Nachmittags				Nachmittags					
Morgens				Morgens					
Abfahrt	—	—	—	—	Nachmittags				
Nachmittags				Nachmittags					
Morgens				Morgens					
Abfahrt	—	—	—	—	Nachmittags				
Nachmittags				Nachmittags					
Morgens				Morgens					
Abfahrt	—	—	—	—	Nachmittags				
Nachmittags				Nachmittags					
Morgens				Morgens					
Abfahrt	—	—	—	—	Nachmittags				
Nachmittags				Nachmittags					
Morgens				Morgens					
Abfahrt	—	—	—	—	Nachmittags				
Nachmittags				Nachmittags					
Morgens				Morgens					
Abfahrt	—	—	—	—	Nachmittags				
Nachmittags				Nachmittags					
Morgens				Morgens					
Abfahrt	—	—	—	—	Nachmittags				
Nachmittags				Nachmittags					
Morgens				Morgens					
Abfahrt	—	—	—	—	Nachmittags				
Nachmittags				Nachmittags					
Morgens				Morgens					
Abfahrt	—	—	—	—	Nachmittags				
Nachmittags				Nachmittags					
Morgens				Morgens					
Abfahrt	—	—	—	—	Nachmittags				
Nachmittags				Nachmittags					
Morgens				Morgens					
Abfahrt	—	—	—	—	Nachmittags				
Nachmittags				Nachmittags					
Morgens				Morgens					
Abfahrt	—	—	—	—	Nachmittags				
Nachmittags				Nachmittags					
Morgens				Morgens					
Abfahrt	—	—	—	—	Nachmittags				
Nachmittags				Nachmittags					
Morgens				Morgens					
Abfahrt	—	—	—	—	Nachmittags				
Nachmittags				Nachmittags					
Morgens				Morgens					
Abfahrt	—	—	—	—	Nachmittags				
Nachmittags				Nachmittags					
Morgens				Morgens					
Abfahrt	—	—	—	—	Nachmittags				
Nachmittags				Nachmittags					
Morgens				Morgens					
Abfahrt	—	—	—	—	Nachmittags				
Nachmittags				Nachmittags					
Morgens				Morgens					
Abfahrt	—	—	—	—	Nachmittags				
Nachmittags				Nachmittags					
Morgens				Morgens					
Abfahrt	—	—	—	—	Nachmittags				
Nachmittags				Nachmittags					
Morgens				Morgens					
Abfahrt	—	—	—	—	Nachmittags				
Nachmittags				Nachmittags					
Morgens				Morgens					
Abfahrt	—	—	—	—	Nachmittags				
Nachmittags				Nachmittags					
Morgens				Morgens					
Abfahrt	—	—	—	—	Nachmittags				
Nachmittags				Nachmittags					
Morgens				Morgens					
Abfahrt	—	—	—	—	Nachmittags				
Nachmittags				Nachmittags					
Morgens				Morgens					
Abfahrt	—	—	—	—	Nachmittags				
Nachmittags				Nachmittags					
Morgens				Morgens					
Abfahrt	—	—	—	—	Nachmittags				
Nachmittags				Nachmittags					
Morgens				Morgens					
Abfahrt	—	—	—	—	Nachmittags				
Nachmittags				Nachmittags					
Morgens				Morgens					
Abfahrt	—	—	—	—	Nachmittags				
Nachmittags				Nachmittags					
Morgens				Morgens					
Abfahrt	—	—	—	—	Nachmittags				

Die Leinwandhandlung und Teppichfabrik von S. Kantorowicz, Markt Nr. 65,

hat ihr Lager auf das **Vorzüglichste** assortirt und offerirt
alle Arten Leinwand, Tischzeuge, Handtücher, Bettzeuge, fertiger Herren- und
Damenwäsche in reichster Auswahl;
englische Belour- und Tapestry-Kusteppiche in allen Größen,
Teppichzeuge und Wachsapeten, in jeder Breite und Qualität,
Drillische, Segeltuche und fertige Säcke u.
zu den **allerbilligsten** aber festen Preisen bei reellster Bedienung.
Garn wird stets in **Zahlung** angenommen.

Chamotte Thon-Retorten

zur Gas- und Mineral-Öl-Bereitstellung, deren
Halbarkeit sich vorzugsweise bewährt hat, sind in den
geeigneten Formen und Größen zu den Preisen von
15—25 Thlr. das Stück, jederzeit vorrätig. Zeich-
nungen und Preisliste stehen portofreien Auf-
forderungen zu Diensten.

Königl. Gesundheits-Geschirrmannufaktur
im Thiergarten bei Berlin.

Fluide impérial, das Eau à 25 Sgr.,
das vorzüglichste Mittel, die Haare in zwanzig Mi-
nuten natürlich braun oder schwarz zu färben, zu
haben in **Posen** bei

J. J. Heine, Markt 85.

Komprimierte Rosenpomade,
ausgezeichnet für den Haarmuch und zur Verschöne-
rung des Haars, empfiehlt in Blechboxen à 5 Sgr.
Ludwig Johann Meyer.

Getreide-Kümmel.

Auf daß die geehrten Abnehmer meines **Ge-
treide-Kümmels** die Gewissheit erhalten, daß
sie auch wirklich mein Fabrikat empfangen, erlaube
ich mir darauf wiederholt aufmerksam zu machen, daß
jede Flasche, Kapsel und Etikette meine Firma trägt.
Bei der Echtheit dieser Waare vermag ich den
Preis pro Flasche mit 11 Sgr. nicht weiter zu er-
mäßigen und bewillige nach wie vor für jede remit-
tierte leere Flasche 1½ Sgr.

Eduard Kantorowicz,
Markt 89. Krämerstraße 11.

Salz-Lachs,

in Fischen zu 2 und 3 Pfd.
empfang und empfiehlt billig
Jacob Appel,
Wilhelmsstraße, Postseite Nr. 9.

Ich bin Willens, mein gutes neu erhaltenes Bil-
lard, mit allem Zubehör sehr billig veränderungswegen
zu verkaufen. **Gottlieb Villerbeck,**
Schankwirth in Schwiebus.

2 kompl. Reitzeuge, gebraucht, sind zu verkaufen.
St. Martin Nr. 22.

Mein Baden-Repositorium ist zu verkaufen.
Th. Schiff, Markt Nr. 47.

Commerweide-Gesuch.

Unterzeichnetes Dominium wünscht für den Som-
mer dieses Jahres einige 50 Stück 2- und 1-jähriges
Jungvieh in Sommerweide unterzubringen. Besitzer
geeigneter Weiden belieben sich unter Angabe des
Preises pro Stück an Unterzeichneten baldigst zu
wenden.

Gosdowo bei Breschen den 20. Febr. 1858.
Nehring, Gutsbesitzer.

Berlinerstraße Nr. 15 c., 2 Tr. nach vorn heraus,
sind zwei möbl. Zimmer für 8 Thlr. monatlich zu ver-
mieten und im Hinterhause drei Treppen zwischen
12—3 ist das Nähere zu erfahren.

Sapiehplatz Nr. 2 ist von Johannis oder
Michaelis d. J. ab die Parier- und Wohnung, be-
stehend aus vier elegant tapezierten Zimmern
nebst Zubehör, mit, auch ohne Stallung und
Remise, zu vermieten. Näheres daselbst.

Zu vermieten auf Barlebens Hof.
Wohnungen von 36 bis 120 Thlr., so-
wie auch ein Lokal, welches sich zu einem
Material- und Schankgeschäft sehr gut wegen
seiner Lage eignet, sind sofort zu vermieten.

Wasserstraße Nr. 11 ist die erste Etage für 70 Thlr.
von Ostern ab zu vermieten.

Markt 80, 1. Et., ist eine möbl. Stube v. h. sofort zu verm.
St. Martin 25/26 ist vom 1. April c. ab
eine große Kellerwohnung (zum Milchgeschäft sich eig-
nend), so wie ein Pferdehals zu drei Pferden nebst
Wagenremise sofort zu vermieten.

Markt Nr. 79.
ist ein neu tapezirtes, schön möbirtes Zimmer zu ver-
mieten.

Halbendorfsstraße Nr. 35 ist eine freundliche möbirt
Stube vom 1. März zu vermieten.

In einem bedeutenden Materialwaaren-Ges-
chäft ist eine Stelle offen. Ferner wird für ein
Eisen- und Kurzwaaren-Geschäft ein Kom-
miss (für die erste Stelle) gesucht. Gehalt bis 250
Thlr. jährlich und freie Station.

Aug. Götsch, in Berlin, alte Jakobstr. 17.
Ein Gehülfe findet in meinem Destillations-Geschäft
ein Unterkommen. **Max Neufeld.**

Ein unverheiratheter Wirthschafts-Beamter, der
deutsch und polnisch spricht, findet sofort ein Unter-
kommen. Nähere Auskunft ertheilt **Frau Danisz,**
K. Gerberstraße Nr. 6.

Ein Kandidat, der zugleich musikalisch ist und mit
Erfolg unterrichtet, sucht eine Hauslehrstelle. Enga-
gementsanerbietungen werden unter B. K. poste re-
stante Posen franko erbeten.

Bekanntmachung.

Ich ersuche den Müller, Herrn W. Sidow, der
sich längere Zeit auf einem Gute bei Stenischewo auf-
gehalten hat, mir seinen jetzigen Aufenthalt sofort
anzugeben.
A. Hoffmann, Bäckermacher.
Posen, Breslauerstraße.

Berichtigung. In der Anzeige von Joachim
Bendix und Kons. in Nr. 44 d. Stg. muß es statt
2700 heißen 270.

□ 23. II. 7 A. R. □ II.

Montag den 22. d. M. Abends 8 Uhr Vor-
trag im stenographischen Verein.

Familien-Nachrichten.

Die Verlobung unserer Tochter Pauline mit dem
Herrn Otto Schlarbaum in Götartowo beehrt
sich hierdurch ergebenst anzuzeigen

J. Block nebst Frau.
Witkiz, den 16. Februar 1858.

Todes-Anzeige.

Am 21. d. Mts. früh 1½ Uhr entschlief nach kur-
zem aber schweren Leiden meine innigst geliebte Frau,
Amalie geborne Hunger, an Unterleibsentzündung
im Alter von 29 Jahren. — Die Beerdigung findet
Dienstag Nachmittag 3 Uhr statt. Um stille
Theilnahme bittet Carl Huhn, Vorwerksbesitzer.
Lomewohn, den 21. Februar 1858.

Am gestrigen Tage des Nachmittags um 3½
Uhr entschlief nach kurzem Leiden mein lieber
Ghemann und unser theurer Vater Karl
Jordan. Die Beerdigung findet Donnerstag,
den 25. d. M., Vormittags um 10 Uhr statt.
Chomgice, den 22. Februar 1858.
Die hinterbliebene Wittve und Kinder.

Concert-Anzeige.

Donnerstag den 25. Februar 1858

wird
Frau Jenny Goldschmidt
(geb. Lind)
unter Mitwirkung des Herrn Otto
Goldschmidt in Posen im
Saale des Bazar ein Konzert veran-
stalten

Alles Nähere werden die morgenden Zeitun-
gen veröffentlichen.

Kaufmännische Vereinigung zu Posen.

Geschäftsversammlung vom 22. Februar 1858.

Roggen (pr. Wispel à 25 Schfl.) neuerdings we-
sentlich im Preise gewichen; in Kompensation pr. April-
Mai auch mit 30½ Thlr. gehandelt; pr. Februar 29 Thlr.
bez. u. Ob., ¼ Br., pr. Frühjahr 29½ Thlr. bez., pr.
April-Mai 29½ Thlr. bez. u. Br., pr. Mai-Juni 31½
Thlr. Br., 30½ Ob., pr. Juni 31½ Thlr. Ob., pr. Juni-
Juli 31½ Thlr. Ob.

Spiritus (pro Zonne à 9600 g Tralles) in an-
dauernd gedrückter Haltung, loco (ohne Faß) 13—1½ Thlr.,

(mit Faß) pr. Februar 13½ Thlr. bez., pr. März 13½
Thlr. bez., pr. April 14½ Thlr. bez., pr. Mai-Juni 14½
bis 15½ Thlr. bez.

Fonds.

Preussische 3½ proz. Staats-Schuldscheine	Br. Ob. bez.
4½ Staats-Anleihe	83½
4½ Prämien-Anl. 1855	99½
3½ Pfandbriefe	113
Posener 3½	86
Schlesische 3½	84
Westpreuss. 3½	86½
Polnische 4	92½
Posener Rentenbriefe	87
4½ proz. Stadtobligationen II. Em.	99½
5 proz. Schaaffh.-Obligat.	90
Provinzial-Bankaktien	97
Stargard-Posener Eisenbahn-Stamm-Aktien	—
Oberschlesische Eisenb.-St.-Aktien Lit. A.	—
Prioritäts-Obligat. Lit. E.	88
Polnische Bankaktien	99½
Ausländische Banknoten	—

Posener Markt-Bericht vom 22. Februar.

Fein. Weizen, d. Schfl. zu 16 Mh.	2	5	—	2	7	6
Mittel-Weizen	2	—	—	2	2	6
Ordinärer Weizen	—	—	—	—	—	—
Roggen, schwerer Sorte	1	7	6	1	8	6
Roggen, leichter Sorte	1	6	—	1	7	—
Große Gerste	1	9	—	1	10	—
Kleine Gerste	—	—	—	—	—	—
Hafer	—	28	6	—	29	—
Kocherbsen	—	—	—	—	—	—
Kuttererbsen	—	—	—	—	—	—
Winterrüben	—	—	—	—	—	—
Buchweizen	—	—	—	—	—	—
Kartoffeln	—	—	—	—	—	—
Butter, ein Faß zu 9 Pfd.	2	15	—	2	20	—
Roher Klee, d. Str. zu 110 Pfd.	—	—	—	—	—	—
Weißer Klee	—	—	—	—	—	—
Heu, d. Str. zu 110 Pfd.	—	—	—	—	—	—
Stroh, d. Schock zu 1200 Pfd.	—	—	—	—	—	—
Stroh, d. Str. zu 110 Pfd.	—	—	—	—	—	—
Spiritus, die Zonne	13	—	—	13	15	—
am 20. Febr. von 120 Ort.	13	—	—	13	15	—
• 22. • 22. • 22. • 22. • 22. • 22.	13	—	—	13	15	—

Wasserstand der Warthe:

Posen..... am 21. Febr. Vorm. 8 Uhr 2 Fuß 3 Zoll.
• 22. • 22. • 22. • 22. • 22. • 22.

Produkten-Börse.

Breslau, 20. Februar. In den ersten Tagen der
Woche hatten wir gelinden Frost, abwechselnd mit Thau-
wetter. Seit Donnerstag aber starken Frost bis zu -17°
im Freien bei klarem Himmel.
Wir notiren: weihen Weizen 60—62—64—65 Sgr.,
gelben 58—60—63—65 Sgr.
Roggen 39—40—41½ Sgr.
Gerste 35½—37 Sgr., feinste 38—40½ Sgr.
Hafer, galizischer 28—30 Sgr., schles. 31—33 Sgr.
Erbsen 55—58—60 Sgr., feinste Kocherbsen bis 64 Sgr.
Widen 54—58—60 Sgr.
Delsaaten. Wir notiren: Winterraps 100—105 Sgr.
Alesamen. Wir notiren: weiß 15½—16½—17½
—18½—19 Rt., roth 13—13½—14½—14½ Rt.
Kübel. Wir notiren: loco 12 Rt. bez., Febr. 12½
Rt. Br., 12 Ob., Februar-März und März-April 12½
Rt. Br., April-Mai 12 Rt. bez. u. Br.
Zint. Es wurden gestern gegeben 1000 Ctr. loco
Oberschlesische Eisenbahn mit 8 Rt. 2 Sgr.
Kartoffelspiritus pro Tonne à 60 Quart zu 80 g
Tralles den 20. Februar: 6½ Rt. Ob.
(Br. Adlshl.)

Fonds- u. Aktien-Börse.

Berlin, 20. Februar 1858

Eisenbahn-Aktion.

Aachen-Düsseldorf	3½	83	B
Aachen-Mastricht	4	51½	bz
Amsterd.-Rotterd.	4	66½	67 bz
Berg.-Märkische	4	81½	G
Berlin-Anhalt	4	123½	bz
Berlin-Hamburg	4	109-8½	bz
Berl.-Potsd.-Magd.	4	137½	bz
Berlin-Stettin	4	118	B
Bresl.-Schw.-Freib.	4	113½	B
do. neueste	4	109½	G 110 B
Brieg-Neisse	4	72	bz
Cöln-Crefeld	4	74½	bz
Cöln-Mindener	3½	143-47½	bz
Cos. Oderb. (Wilh.)	4	55	bz
do. Stamm-Pr.	4½	—	—
do. do.	5	—	—
Elisabethbahn	5	—	—
Löbau-Zittau	4	—	—
Ludwigsh.-Bexb.	4	144½	G
Magd.-Halberstadt	4	198½	B
Magdeb.-Wittenb.	4	38½	B
Mainz-Ludwigsh.	4	91	G
Mecklenburger	4	51½-52	bz uB
Niedersch.-Märk.	4	92	B
Niedersch.-Weigb.	4	81	G
do. Stamm-Pr.	5	—	—
Nordb. (Fr. Wilh.)	4	57-56½	bz uB
Oberschl. Litt. A.	3½	139½-38½	bz
und Litt. C.	3½	129	bz
do. Litt. B.	3½	129	bz

Trotz der eingetroffenen Londoner Depesche war die Börse im Anfange lebhaft und hatten Spekula-
tionseffekten einen ziemlich hohen Stand erreicht, besonders waren es Oesterreichische und Darmstädter. Unter
den Eisenbahnaktien waren einige Steigerungen eingetreten. Preuss. Fonds verkehrten belebter.

Breslau, 20. Februar. Bei günstiger Stimmung war das Geschäft in Creditaktien belebter.
Schluss-Course. Diskonto-Commandit-Antheile 107½ Gd. Darmstädter Bank-Aktien unabh. 104—4½
bez. Oestr. Credit-Bank-Aktien 127—28½ bez. Posener Bank-Aktien —. Schles. Bankverein 86—½ bz. Ausl. d.
Kassenscheine 99½ bez. Oesterreich. Banknoten 96½ u. ½ bez. Poln. Papiergeld 88½ bez. Breslau-Schweidnitz-
Freiburger Aktien 114½ Gd. dito 3. Emiss. 110 Br. dito Prioritäts-Oblig. 88½ Br. Neisse-Brieger 72½ Br.
Oberschl. Litt. A. und C. 139 Gd. dito Litt. B. 129½ Brief. dito Prior.-Oblig. 89½ Br. dito Priorität 98½ Br.
dito Prior. 77½ Br. Oppeln-Tarnowitz 70 Gd. Wilhelmsbahn (Kosel-Oderberg) 56½ Br. dito Prior.-Oblig.
— dito Prior. — dito Stamm-Obligationen 85½ Br.

Oestr.-Fr. Staatsb.	5	201½-98½-99bz
Oppeln-Tarnowitz	4	70½ B
Prz. Wilh. (St.-V.)	4	61½ bz
Rheinische, alte	4	96 bz u B
do. neue	4	90 bz
do. neueste	5	89 bz
do. Stamm-Pr.	4	—
Rhein-Nahebahn	4	79 B
Ruhrort-Crefeld	3½	87½ B
Stargard-Posen	3	95½-¼ bz
Theissbahn	5	—
Thüringer (30 g)	4	122½ bz

Prioritäts-Obligationen.

Aachen-Düsseldorf	4	86½ bz
— 2. Em.	4	86½ bz
— 3. Em.	4	93 G
Aachen-Mastricht	4½	—
Berg.-Märkische	5	102 bz
do. 2. Ser.	5	102 bz
do. 3. S. (D.-Soest)	4	856 II. 92½ G
Berlin-Anhalt	4	91 G
do.	4½	96½ bz
Berlin-Hamburg	4½	102½ G
do. 2. Em.	4½	—
Berl.-P.-M. A. B.	4	89½ G
do. Litt. C.	4½	93½ B
do. Litt. D.	4½	98 bz
Berlin-Stettin	4½	98½ II. 486½
Cöln-Crefeld	4½	—
Cöln-Minden	4½	102 B
do. 2. Em.	4½	102½ bz
do.	4	87½ B

Cöln-Minden 3. E.	4	—
do. 4. Em.	4	86½ bz
Cos. Oderb. (Wilh.)	4	84½ G
do. 3. Em.	4½	—
Düsseld.-Elberfeld	4	—
do. 2. Em.	5	—
Magdeb.-Wittenb.	4½	91½ G
Niedersch.-Märk.	4	91½ G
do. conv.	4	91½ G
do. conv. 3. Sr.	4	90½ bz
do. 4. Sr.	5	102½ G
Nordb. (Fr. Wilh.)	5	98½ G
Oberschl. Litt. A.	4	89½ G
do. Litt. B.	3½	80 G
do. Litt. D.	4	89 B
do. Litt. E.	3½	77½ G F. 98B
Oestr.-Franzö.	3	272 B
Pr. Wilh. 1. Ser.	5	99½ bz
do. 3. Ser.	5	99½ B
Rhein. Priorität	4	86 bz
do. v. Staat g.	3½	80 bz
Ruhrort-Crefeld	4	97 G
do. 2. Ser.	4	86 G
do. 3. Ser.	4½	94½ B
Stargard-Posen	4	—
do. 2. Em.	4½	98 B
Thüringer	4	100 B
do. 3. Ser.	4½	100 B
do. 4. Ser.	—	96 B

Preuss. Fonds.

Freiwillige Anleihe	4½	100½ bz
Staats-Anl. v. 1850	4½	100½ bz
do. 1852	4½	100½ bz
do. 1853	4½	94½ B

Staats-Anl. v. 1854	4½	100½ bz
do. 1855	4½	100½ bz
do. 1856	4½	100½ bz
do. 1857	4½	100½ bz
55r Präm.-St.-Anl.	3½	113½ bz
Staats-Schuldsch.	3½	84½ G
Kur- u. N. Schuld.	3	81½ G
Berl. Stadt-Oblig.	4½	100½ bz
do.	3	83 G
Kur- u. Neum.	3	85½ B
Ostpreuss.	3	83½ G
Pommersche	3	85½ B
Posensche	4	98½ bz
do.	3½	85½ G
Schlesische	3	86 G
v. Staat gar. B.	3½	—
Westpreuss.	3½	83½ bz
Kur- u. Neum.	4	93½ B
Pommersche	4	92 bz
Posensche	4	92½ B
Preussische	4	92½ B
Rhein- u. westph.	4	93½ G
Sächsische	4	93½ G
Schlesische	4	93½ bz

Ausländische Fonds.

Oestr. Metalliques	5	80½ bz
do. National-Anl.	5	82½-83½ bz
do. 250fl. Präm.-O.	4	105½-½ bz
do. Banknoten	—	—
(5 Stieglitz-Anl.)	5	102½ bz u B
do.	5	105½ bz u G
Engl. Anleihe	5	108 bz
Poln. Schatz-O.	4	82½ bz

Cert. A. 300 Fl.	5	92½ G
do. B. 200 Fl.	—	21½ G
Pfndbr. in Silb. R.	4	87½ bz u G
Part.-Ob. 500fl.	4	85½ G
(Poln. Bankbill.	—	88½ B
Hamb. Pr. 100 Bm.	—	73 B
Kurh. 40 Tlr. Loose	—	41½ B
neue Baden. 35fl. do.	—	30½ B

Bank- und Credit-Aktion und Antheilscheine.

Berl. Kassenverein	4	119	bz
do. Handelsgesell.	4	86½	ctw B
Braunschw. Bank A.	4	109½	B
Bremer Bankaktien	4	105½	bz
Coburg. Credit-d.	4	71	ctw B
Danziger Priv. do.	4	89	B
Darmstädter abgsl.	4	102½	3½ bz
do. Ber.-Sch.	—	112-11½	bz
do. Zettel-d.	4	91½	bz 1¼ bz
Dessau. Credit-d.	4	QB65½	v. f.
Disk.-Comm.-Ant.	4	1063-7½	7
do. Cons.-Sch.	—	107-6½	bz
Genfer Creditb.-A.	4	57-58½	bz
Geraer Bank-A.	4	87	bz u B
Gothaer Priv.-do.	4	86	B
Hannoversche do.	—	100½	G
Leipzig Credit-d.	4	79½	½ bz u B
Luxemburger do.	4	86	B
Meining. Cred.-do.	4	85½	bz [—
Moldauer Land.-do.	4	108	— bz 2
Norddeutsche do.	4	80	bz u B
Oestr. Credit-d.	5	127½	28½-27
Pomm. Ritter.-do.	4	123½	ctw B
Posener Prov. do.	4	90	B
Pr. Bankanth.-Sch.	4	137	bz u B